Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Pistorius, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schroteorferstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7779.

Nr. 59. **Magdeburg, Freitag, den 10. März 1899.** **10. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Allerlei aus dem Reichstage.

Im Reichstage ist infolge der späten Einberufung die Geschäftslage eine sehr prekäre. Verfassungsmäßig soll der Etat bis zum 1. April fix und fertig gestellt sein. Diesmal tritt wegen des früh gelegenen Termins des Osterfestes schon zeitig der Schluß des Reichstages ein, so daß, wie der Präsident Graf von Ballestrem neulich unter Heiterkeit bemerkte, der 1. April in diesem Jahre schon der 22. März ist. Wie es jetzt heißt, sollen gar schon am 21. März die Osterferien beginnen. Es sind also im besten Falle noch 12 Sitzungstage verfügbar. Rechnet man für die dritte Lesung des Etats nur 2 bis 3 Sitzungen, so bleiben im ganzen noch 9 Sitzungstage übrig. Das ist sehr wenig im Verhältnis zu der Arbeit, die noch zu erledigen ist, denn außer dem Etat soll noch die lex Heinze, die Militärvorlage in zweiter und dritter Lesung zur Beratung kommen.

Auf die Erledigung der Militärvorlage legt die Regierung natürlich besonderes Gewicht. Da an eine Ablehnung nicht zu denken, die Annahme vielmehr im großen und ganzen gesichert ist, hat man das Inkrafttreten einzelner Bestimmungen schon für den 1. April cr. vorgesehen.

Vom Etat sind noch der Etat des Auswärtigen Amtes und der Kolonialetat zu erledigen. Wenn auch die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes nicht allzu lange dauern dürfte, beim Kolonialetat wird es zu ausgiebigen Debatten kommen. Das lassen schon die eingehenden Kommissionsverhandlungen voraussehen.

Wir leben wieder mitten in einem Kolonialtaumel. Unter dem neuen Kolonialdirektor, dem früheren konservativen Reichstagsabgeordneten von Buchka soll neues Leben aus den „Kolonialruinen" erblühen. Das neue Leben **kostet aber naturgemäß heidenmäßig viel Geld,** soviel, daß es selbst der bewilligungslustigen Reichstagsmehrheit stellenweise zu viel sein dürfte. Herr von Buchka will die Kolonien in das Zeichen des Verkehrs bringen. Kostspielige Eisenbahnen sollen in Afrika gebaut werden. Diese Aufwendungen für neue Verkehrsmittel in den Kolonien nehmen sich putzig aus, wenn man bedenkt, wie willfährig im Mutterlande die Regierung den Wünschen unserer Reaktionäre ist, die alles, nur keine Verkehrserleichterung weder per Eisenbahn noch per Kanalschiffahrt wollen.

In der am Mittwoch stattgehabten Sitzung der Budgetkommission wurde für die Fortführung der Eisenbahn von Swakopmund im südwestafrikanischen Schutzgebiet nach Windhoek die nette Summe von **2 300 000 Mark bewilligt.** Der freisinnige Wadenstrümpfler Frese wollte noch 300 000 Mark abhandeln, aber die bewilligungslustige Mehrheit genehmigte gegen die Stimmen unserer Genossen und der Freisinnigen Volkspartei die Forderung der Regierung bis auf den letzten Pfennig.

Eine recht interessante Debatte knüpfte sich an eine Forderung von **25 000 Mark** zu Beihilfen für sich ansiedelnde deutsche Mädchen.

Man will den Kolonisten Gelegenheit zur Heirat von Landsmänninnen geben und so dem unsittlichen Verkehr der Deutschen Kolonisten mit den schwarzen Weibern steuern. An sich ist gegen diesen Wunsch ja nichts einzuwenden, aber Genosse Bebel wehrte sich doch in Anbetracht der thatsächlichen Verhältnisse in den Kolonien gegen das Verlangen der Regierung. In der That ist für die Mädchen, welche durch die Geldunterstützung verlockt, den Weg nach dem schwarzen Erdteil antreten, nicht genügender Schutz garantiert. Die Mädchen sollen so lange bis sie einen Mann oder der Mann sie gefunden hat, in Kolonistenfamilien in Dienst treten. Bebel meinte mit Recht, wenn es den Mädchen dann in dem Dienst nicht gefiele, so würden die Behörden sicher stets auf Seite der Dienstherrschaften nicht auf Seite der Mädchen stehen. Es muß auch berücksichtigt werden, daß vielfach nicht gerade die besten Elemente unter den ausgewanderten Deutschen in den afrikanischen Kolonien Unterkommen gesucht haben. Vielfach würden die Mädchen kein sonderliches Glück mit der Heirat eines solchen Kolonisten machen. Von der Regierung versprach man den Mädchen, sobald sie das Verlangen stellen, freie Rückfahrt zu gewähren, aber die Bedenken Bebels erwiesen sich doch so kräftig, daß sich ihnen auch zahlreiche andere Mitglieder der Budgetkommission anschlossen und die Forderung der Regierung abgelehnt wurde. Sind die Verhältnisse in den Kolonien wirklich gute, sollten sie sich wirklich bessern, dann wird es auch schließlich an dem notwendigen weiblichen Element aus dem Mutterlande nicht mehr mangeln. —

Durch die Ueberlastung der noch verfügbaren Sitzungstage mit den noch notwendig zu erledigenden Regierungsvorlagen sind die Initiativanträge der einzelnen Parteien stark in den Rückstand gekommen. Die Sozialdemokratie ist gegenüber anderen Parteien nicht benachteiligt, aber bedauerlich bleibt die allgemeine Thatsache. Seit Wochen ist kein Schwerinstag abgehalten worden, vor Ostern ist auch die Abhaltung eines solchen nicht mehr in Aussicht genommen. Unsere Genossen haben nicht die Macht, das zu ändern, so großes Gewicht sie auch auf die Erörterung der Anträge auf Schaffung eines einheitlichen Reichsberggesetzes und die Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagraphen aus dem Strafgesetzbuch legen. Von dem Willen der Reichstagsmehrheit wird es abhängen, ob das Versäumte nach Ostern noch nachgeholt wird. So weit es in ihrer Macht steht, werden unsere Genossen ihren Einfluß auf die Geschäftsbehandlung des vorliegenden gesetzgeberischen Materials nach dieser Richtung hin geltend machen. Auch nach Ostern liegt noch eine Fülle Material vor. Wie sich aber der weitere Verlauf der Session abspielen wird, läßt sich vorläufig noch gar nicht vorausbestimmen. —

-t-

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Wegen der Hetzreden des antisemitischen Grafen Pückler ist, wie die Staatsbürger Zeitung mitteilt, gegen den Herausgeber des Blattes, sowie gegen den verantwortlichen Redakteur ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Ein besonderes Strafverfahren schwebt gegen den Grafen Pückler.

Auch der antisemitische General-Anzeiger des sattsam bekannten Herrn Sedlatzeck ist in Berlin wegen der Reden des Grafen Pückler konfisziert worden. Siehe Nachrichten aus Magdeburg. —

Daß unsere Nationalliberalen sich ihrer Jugendsünden schämen, ist männiglich bekannt; daß sie aber der Opfer der Märzerhebung in so abscheulich gemeiner Weise gedenken, wie dies im Anschluß an die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause (siehe dieselben) seitens der Magdeburgischen Zeitung geschehen ist, hätten wir doch nicht für möglich gehalten. Nachdem das „nationalliberale" Blatt den Abg. Munckel wegen seiner vortrefflichen Rede abgekanzelt hat, bemerkt es über die Haltung der Nationalliberalen: „Es wäre richtiger gewesen, wenn man das einfache Grabgitter um den Friedhof als ein Stück Hochbau **und nicht als ein Stück Weltgeschichte** behandelt hätte. Nationalliberale ... haben sich an dieser Debatte überhaupt nicht beteiligt, und damit haben sie weder sich noch der Sache etwas vergeben." — Weil die Anhänger des Organisators der Bauernaufstände, des gegenwärtigen Ministers v. Miquel, sich nichts mehr vergeben können — ihr Liberalismus ist längst auf den Hund gekommen. —

Herr von Stumm als Erzieher. Wie oft hat der Herr Stumm das seinen Arbeitern gegenüber angewandte patriarchalische System im Reichstage geschildert und ihm alle denkbaren Vorzüge nachgerühmt. Und nun sieht er die Hoffnungen seiner langjährigen Bemühungen so gänzlich fehlschlagen. Schon vor einigen Tagen berichteten wir von Metalldiebstählen und Verhaftungen auf den Stummschen Werken. Nunmehr ist es in Neunkirchen noch zu einer Verhaftung gekommen. Ein auf der Hütte beschäftigter Arbeiter wurde, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge, von der Polizei von seiner Arbeitsstätte aus abgeführt. Ueber den Verlauf der Untersuchung wird Stillschweigen beobachtet, doch verlautet, daß das auf der Hütte entwendete Metall auch zur Falschmünzerei benutzt worden sei. In Ottweiler haben in der Angelegenheit ebenfalls umfassende polizeiliche Verhöre stattgefunden. Oh! Oh! Oh! Sind das die Folgen der mildpatriarchalischen Arbeiter-Erziehungsmethode? Hat Herr Stumm darum Frömmigkeit gepredigt, hat er deswegen die Lektüre der Arbeiter überwacht, deswegen die „sozialdemokratische Aufhetzung" ferngehalten? Herr von Stumm war seinen Arbeitern Vater und Mutter zugleich, und nun stehlen ihm mißratene Zöglinge dieser Erziehungsmethode Metall und betreiben damit in ihren Mußestunden Falschmünzerei. Den sozialdemokratischen Lehren hat Herr Stumm einen solchen Erfolg noch nicht nachweisen können. Davon wurde die patriarchalische Methode gekrönt. Oh! Oh! Oh! —

Nach der vorläufigen Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amts zur Konkursstatistik gelangten im vierten Vierteljahr 1898 im Deutschen Reiche 1955 neue Konkurse zur Zählung gegen 1804 im vierten Vierteljahr 1897. Es wurden 170 Anträge auf Konkurseröffnung wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens deckenden Massebetrages abgewiesen und 1785 Konkursverfahren eröffnet; von den letzteren hatte in 1135 Fällen der Gemeinschuldner ausschließlich die Konkurseröffnung beantragt. Beendet wurden im vierten Vierteljahr 1898 1620 (4. Vierteljahr 1897 1660) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußverteilung 1091, durch Zwangsvergleich 393, infolge allgemeiner Einwilligung 29 und wegen Massemangels 107. In 559 beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigerausschuß bestellt. —

Der Gemeinderat in Straßburg beschloß aus Stiftungsmitteln Arbeiterwohnungen zu errichten. Die Kosten für die Wohnungen sind auf rund 400 000 Mark veranschlagt. Im laufenden Jahre sollen 96 Wohnungen erbaut werden. Für das Baukapital verbürgt die Stadt eine Verzinsung von $3^1/_2$ Prozent und eine Amortisation von $^1/_2$ Prozent. —

Die freie Zeit der Volksschüler. In einem kürzlich im Lehrerverein in Plauen im Voigtland gehaltenen Vortrage wurden Erhebungen über die freie Zeit der Volksschüler in diesem Industrieort mitgeteilt. Es können dort, notwendige Wege ausgeschlossen, 57 Prozent jener Kinder nur an Sonntagen, und meistens auch nur des Nachmittags, an die Luft gehen. Nur 25 Prozent können dieses täglich; 13 Prozent gaben an, daß sie nur ganz wenig an die Luft kämen. In allen Fällen, so heißt es in dem Vortrage, wird Arbeit — Fädeln, Zäckeln — als Grund der Abhaltung angegeben. Von 100 Kindern waren somit 70 fast immer an das Zimmer gefesselt. Der Vortragende fügte hinzu: „Die Nerven der unsere einfachen Volksschulen besuchenden Kinder arbeiten in einer Weise langsam, die Besorgnis einflößt. Die zunehmende Stumpfheit scheint weiter um sich zu greifen, als man ahnt." — Sachsen leistet aber in der Bekämpfung der Sozialdemokratie Großartiges. —

Herr Paasche und die Religion.

Ein Leser der Schwäbischen Tagwacht knüpft an die Kontroverse zwischen

Bebel und Paasche

über die Irreligiosität in der Reichstagsdebatte zum Militäretat folgende Betrachtung: Man ist heutzutage in Sachen der Religion einige Heuchelei gewohnt, und wir regen uns nicht sonderlich mehr darüber auf, wenn gegen uns Sozialdemokraten dieser letzte aller Trümpfe ausgespielt wird, namentlich bei dem frommen Landvolk, das nach und nach auch widerhaarig wird, und das man mit der angedrohten Hölle im Jenseits über die Hölle auf dieser Erde wegzutäuschen sucht. Daß man aber im Reichstag einen Ton anschlägt, wie ihn unsere Gegner in einer ländlichen Versammlung anzuschlagen belieben, eine solche Geschmacklosigkeit hätten wir selbst dem niedrigst stehenden Abgeordneten nicht zugetraut.

Wir nehmen an, daß Herr Dr. Paasche nicht nur in seinem Namen, sondern auch in dem seiner Partei, der nationalliberalen Partei, gesprochen hat, als er in dieser widerlichen, marktschreierischen Weise seinen Gott anrief und der Sozialdemokratie die zunehmende Gleichgültigkeit gegen die Religion vorwarf, während er als halbwegs gebildeter Mensch wissen müßte, daß ein solcher „Vorwurf" doch nur die moderne Wissenschaft, speziell die Naturwissenschaften, treffen kann, welchen richtigen Standpunkt das Centrum in seiner versteinerten Konsequenz bekanntlich auch immer eingenommen hat. Derjenige aber, der sich in der liberalen Partei auskennt wie wir, ja, der in derselben aufgewachsen ist, steht geradezu starr vor dieser komödienhaften Scene.

Wie viele der hervorragenden Parteigenossen Paasches, die ja zum größten Teile der Gelehrtenwelt, dem hohen Beamtentum, den Großindustriellen angehören, stehen denn der Kirche in einem andern Verhältnis gegenüber als etwa in dem zu einer alten Tante, der man alljährlich einmal eine lästige Anstandsvisite macht? Und wie viele Tausende thun selbst dies nicht mehr und gehen überhaupt in keine Kirche! Ist aber der noch ein Christ, der nie in eine Kirche geht? Oder sollen wir das Zeugnis ehrlicher Geistlicher anrufen, die gerade den Kreisen des Herrn Paasche ihre Gleichgültigkeit gegen die Religion vorwarfen, deren einer sogar ganz offen heraussagte, daß es eine Heuchelei sei, dem Volk mit sittlichen Mitteln einen Glauben aufzuhängen, gegen den man selbst schon längst gleichgültig geworden sei, ja, über den man im stillen lächle, daß also für das Volk noch lange gut genug sein soll, was man selbst, d. h. die gebildeten Kreise der Bourgeoisie, nicht mehr möge.

Wer wird in diesen Kreisen mehr gelesen als die beiden Philosophen Schopenhauer und Nietzsche, deren ersterer bekanntlich den Buddhismus weit über das Christentum stellte,

während letzterer wohl der erbittertste Feind des Christentums genannt werden kann, der je gelebt hat. Durch zahllose Vorträge sucht man Nietzsche populär zu machen; glaubt man vielleicht, daß die teueren Vorträge von Arbeitern besucht werden?

Wir kennen das Leben so manches jungen Theologen und haben es nun gar oft schon miterlebt, daß beim Uebergang vom Seminar ins Stift sich ein heftiger Kampf entspann zwischen Eltern und Sohn, welch letzterer sich mit Händen und Füßen gegen den geistlichen Beruf wehrte, bis er unter dem drückenden Zwang der Notwendigkeit, des Mangels an Mitteln, die zum Ergreifen eines anderen Berufs notwendig waren, nachgeben mußte. Ob aber aus einem solchen Widerwilligen immer ein begeisterter Verkünder der Lehre Christi wird, das möchten wir sehr dahingestellt sein lassen.

Vor wenigen Tagen hatten die nationalliberalen „Christen" Gelegenheit, ihr Christentum zu bethätigen, als im preußischen Abgeordnetenhause der Antrag beraten wurde, den **Bergarbeitern eine Vertretung bei der Kontrolle der so wichtigen und so gefährlichen Angelegenheiten des Bergbaues zu gewähren.** Es handelte sich also bloß um die Kleinigkeit, ob die Bergarbeiter das Recht haben sollten, bei Angelegenheiten, die sie selbst am besten verstehen müssen und bei denen ihr Wohl und Wehe, Leben und Tod in Frage kommen, auch etwas mitsprechen zu dürfen. Die nationalliberalen christlichen „Teufel" sind mit Hohn und Spott über diesen Antrag weggegangen.

Der liebe Gott bewahre uns vor solchen „Christen", und Herr Paasche, dieser sonderbare Spezialist in Religion und Zuckerindustrie, verschone uns mit seinen abgeschmackten Phrasen. — H. T.

Gegen den **„heiligen" Paasche** und seinen Adjutanten Graf Ariola wendet sich ein „hervorragender" Nationalliberaler in den nationalliberalen Münchener Neuesten Nachrichten: Für die Abgg. Oriola und Paasche habe „nicht der mindeste Anlaß" vorgelegen, beim Militäretat „breite und leidenschaftliche Erörterungen über Religion hervorzurufen", nachdem der letzte nationalliberale Wahlaufruf die religiöse Grundanschauung der nationalliberalen Partei ganz scharf zum Ausdruck gebracht habe. Besonders Graf Oriola sei durchaus nicht berechtigt gewesen zu der Annahme, die Erklärungen des Abgeordneten Paasche seien durch die ganze nationalliberale Fraktion bekräftigt. Was die Abgeordneten Oriola und Paasche damit bezweckten, ihre religiösen Gefühle beim Militäretat zu parteipolitischen Kundgebungen zu verwerten, erscheine, da sie von der Fraktion keinen Auftrag dazu besaßen, völlig rätselhaft. Ihr Vorgehen war „höchst überflüssig" und auch ebenso schädlich. Es sei durchaus unrichtig, daß die „ganze Fraktion" hinter ihnen steht. Ihr unbesonnenes Vorgehen enthüllte aber leider einen Riß in der nationalliberalen Partei, der schleunigst geheilt werden muß. Ein eigenmächtiges Hinausstreben oder vielmehr Rückwärtsstreben über die liberalen Grenzen dürfe die Partei bei aller schon weitherzig genug geübten Duldung nicht mehr leiden." — Das ist also die Aufforderung, den „heiligen" Paasche schleunigst den Laufpaß zu geben. Wir glauben aber nicht, daß die nationalliberale Fraktion sich zu diesem Schritt entschließen wird. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Aus Bern geht dem Vorwärts folgender Bericht zu: Die Ausweiserei dauert noch immer fort. Nachdem jüngst wieder zwei italienische Anarchisten ausgewiesen wurden, erhielt nun auch der Redakteur des in Lugano erscheinenden Sozialista, der Genosse Tedeschi den Ausweisungsbefehl. Ob da ein Verlangen der italienischen oder der tessinischen Regierung vorliegt, darüber verlautet nichts in der Presse, doch liegt diese Annahme sehr nahe. Im Kanton Tessin sind die Liberalen wie die Ultramontanen gleich unangenehm berührt von dem Aufkommen der sozialistischen Arbeiterbewegung und bei der in diesen Kreisen üblichen bornierten Beurteilung der Sozialdemokratie ist es wohl denkbar, daß sie von der Ausweisung des Redakteurs und Führers Tedeschi das Verschwinden der unbequemen Bewegung erwarten. Die Hoffnung wird natürlich nicht in Erfüllung gehen. —

Die Maßregelung von freisinnigen Lehrern nimmt im antisemitischen Wien kein Ende. Eine [illegible] von Lehrern wurde vorige Woche in einem ungeheuerlichen geheimen Verfahren zu Disziplinarstrafen verurteilt; ein Lehrer, Namens Neyrl, hat sich aus Verzweiflung erschossen, weil er die Ungerechtigkeiten der antisemitischen Machthaber gegenüber den freiheitlich gesinnten Lehrern nicht mehr mitansehen konnte; eine Lehrerin wurde disziplinarisch verurteilt, weil sie über die „Schneckerl"-Frisur der Schulmädchen bei einer Prozession eine Bemerkung gemacht hatte; ein Lehrer und wackerer Vertreter seiner Kollegen im Bezirksschulrate wurde diese Woche in Untersuchung gezogen, und im Gemeinderate erklärte Bürgermeister Dr. Lueger ganz trocken, daß deutschnationale und sozialdemokratische Lehrer keine Aussicht auf Beförderung hätten. Alle die Maßregelungen und Zurücksetzungen geschehen teils aus Haß gegen den Teil der Lehrer, der nicht nach der Pfeife der Klerikalen tanzt, teils in der Absicht, die anderen Lehrer einzuschüchtern und von politischer Bethätigung, natürlich nur bei anderen Parteien, abzuschrecken. Die antisemitischen Protzen, die in Wien am Ruder sind, glauben mit der Lehrkraft des Lehrers auch seine Gesinnung, seine politische Ueberzeugung gekauft zu haben. Sie betrachten den Lehrer nicht als Erzieher der heranwachsenden Generation, sondern als Lohnknecht, dem sie „Brot geben", und sie verlangen von ihm: Wessen Brot Du issest, dessen Lied singe. Was die liberalen und antiliberalen Fabrikanten von ihren Arbeitern immer seltener zu verlangen wagen, die Aufgebung einer eigenen politischen und sozialen Gesinnung, fordern die im Dienst des Klerikalismus stehenden Wiener Antisemiten von den Lehrern. Es ist zu wünschen, daß sich trotz des Strebertums, das in Wien herrscht, bei der Lehrerschaft so viel Mut und Würde finden wird, um bei den nächsten Wahlen Herrn Lueger die verdiente Antwort auf diese schmähliche Zumutung zu geben. (Siehe auch den Artikel „Unersättliche Lehrer" in heutiger Beilage.) —

Im Laufe des Sommers wird in Brüssel eine internationale sozialdemokratische Konferenz stattfinden zur Vorberatung des für 1900 in Paris geplanten internationalen sozialdemokratischen Kongresses. —

Aus Esterhazys Enthüllungen, zweiter Teil, ist noch als besonders sensationell der Abschnitt über den Tod Henrys hervorzuheben. Die Esterhazyschen Angaben bestätigen, was ja übrigens allgemein als wahrscheinlich galt, daß der Oberst Henry nicht von eigener Hand gestorben, sondern ermordet worden ist. Esterhazy versichert, daß die angeblichen Geständnisse Henrys allen Regeln entgegen nicht unterzeichnet wurden. Er deutet also an, daß man in Henry jemand unschädlich machen mußte, der eventuell, wie der brave Esterhazy, aus der Schule schwatzen konnte und viel mehr wußte als dieser. —

Das Depeschenbureau Herold vermutet, daß in Paris mehrere sensationelle Verhaftungen bevorstehen. Man spricht von einer möglichen Verhaftung des Generals Boisdeffre und anderer höherer Offiziere, welche im Dreyfus-Prozeß eine Rolle gespielt haben. —

Die italienische Regierung beabsichtigt, das Personal einiger öffentlicher Dienstzweige, besonders der Eisenbahnen militärisch zu organisieren, um für die Zukunft Streiks zu verhüten. Welche heillose Angst vor der modernen Arbeiterbewegung. —

Der Papst ist von der Operation vollständig genesen.

Ohne sich weiter um den Protest der Chinesen zu kümmern, hat Italien kurzer Hand die San Mun-Bay besetzt. Italien folgt nur „guten" Beispielen. —

150 Vereine deutscher Nation protestierten in Chicago gegen die Befehdung Deutschlands durch „gewisse" amerikanische Kreise. Vielleicht protestieren nunmehr auch die in Deutschland lebenden Amerikaner gegen die Hetzereien der ostelbischen Junker. —

Maßregelung von Post-Unterbeamten.

Die Neue Hamburger Zeitung veröffentlicht das folgende ihr zugegangene Schriftstück:

Verhandelt bei dem Kaiserlichen Postamt 2 in Hamburg,
den . . . März 1899.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß der Vorstand des Hamburger Bezirksvereins des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Unterbeamten sich zu agitatorischen Zwecken hergegeben hat, kann die Zugehörigkeit zu diesem Verein nicht geduldet werden.

Unter Hinweis darauf wurde der Post . . . . . befragt, ob er Mitglied des bezeichneten Vereins sei oder nicht. Er erklärte, daß er dem Vereine als Mitglied angehöre. Der Genannte wurde darauf in Gemäßheit der Verfügung der Kaiserlichen Ober-Postdirektion vom 25. Februar 1899, II., 2703 aufgefordert, aus dem Vereine alsbald auszuscheiden, und daß dies geschehen, bis zum 10. April verhandlungsschriftlich zu erklären.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.
Geschehen wie oben.

Fortgesetzt . . . . . 1899.

Der Post . . . . . zeigt unter Bezugnahme auf seine obenstehende Erklärung seinen Austritt aus dem Verein an.

V. g. u.
g. w. v.

Dieses hektographierte Schriftstück ist bezeichnend für die Organisationsfreiheit der Post-Unterbeamten. Auf eingezogene weitere Erkundigungen erfährt die Neue Hamburger Zeitung, daß man in Kreisen der Unterbeamten vermute, die agitatorische Thätigkeit des Verbandes werde unter anderem darin gesucht, daß der Bezirksverbandsvorsitzende, Briefträger Flehnert, dem in Braunschweig wegen einer Beschwerde-Angelegenheit entlassenen Postschaffner Schmidt behilflich gewesen sei bei Bemühungen, hier in Hamburg eine Wirtschaft zu übernehmen. —

Parlamentarische Nachrichten.

Das Schicksal der Militärvorlage ist besiegelt — die Centrumspartei hat also richtig bei der am Mittwoch nachmittag stattgehabten zweiten Beratung der Militärvorlage in der Budget-Kommission die 10 neuen Eskadrons Jäger zu Pferde, welche bei der ersten Beratung abgelehnt waren, bewilligt und dazu an der Präsenzstärke der Gemeinen gegenüber den Beschlüssen der ersten Beratung 720 Mann mehr zugelegt. In Gemäßheit der Anträge des Centrums sind also alle von der Regierung geforderten Neuformationen bewilligt. Die Regierungsvorlage verlangte eine Erhöhung der Präsenzstärke um 861 Offiziere, 3299 Unteroffiziere und 23 277 Gemeine. Die Festsetzung der Zahl der Unteroffiziere und Gemeinen geschieht durch den Etat. In dem Gesetz sind statt der verlangten 23 277 Gemeinen 16 271 Gemeine bewilligt. Dieser Abstrich mit 7006 Mann beträgt also noch nicht ein Drittel der verlangten Erhöhung. Eine kleine neue Aenderung der Regierungsvorlage besteht darin, daß die festgesetzte Präsenzerhöhung bis auf den letzten Mann nicht schon im Rechnungsjahr 1902, sondern erst im Rechnungsjahr 1903 zu bewilligen ist. Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage mit der vollen Erhöhung der Präsenzstärke mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Für die volle Erhöhung stimmen die beiden konservativen Parteien, die **Nationalliberalen, Antisemiten** und der Vertreter der **Freisinnigen Vereinigung.** Hierauf werden die abgeminderten Sätze nach dem Antrag Lieber mit allen Stimmen gegen 6 Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Zum Artikel 2 wird der Antrag des Abg. Richter, die zweijährige Dienstzeit nicht bloß für 5 Jahre, sondern dauernd festzulegen, mit allen Stimmen gegen die 6 Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt. Damit ist auch die zweite Lesung der Militärvorlage erledigt. Am nächsten Dienstag wird der daraus folgende Nachtragsetat in der Kommission zur Festsetzung gelangen und wird dann voraussichtlich am Donnerstag künftiger Woche die Militärvorlage und der Nachtragsetat im Plenum zur Verhandlung kommen. Da wird es noch zu harten Kämpfen kommen. —

Petitionen des Verbandes der Heizer und Maschinisten um Zuziehung dieser Berufsklassen zu den Dampfkesselrevisionen und um Einführung der achtstündigen Arbeitszeit sind dem Reichskanzler als Material überwiesen worden. —

Dem preußischen Landtage soll demnächst die Kanalvorlage zugehen. —

Eine neue Kreisordnung für die Provinz Posen wird von freisinniger Seite im preußischen Landtage angestrebt, welche den Städten und Landgemeinden eine bessere Vertretung auf den Kreistagen einräumen will. —

Aus dem Junker-Parlament wird uns von unserem x-Korrespondenten geschrieben: Während im Reichstage die Freisinnigen den Sozialdemokraten allein die Vertretung freiheitlicher wenn auch gut bürgerlicher Forderungen überlassen, besinnen sie sich im preußischen Abgeordnetenhause noch manchmal auf ihre demokratische Vergangenheit und die hieraus resultierenden Pflichten. So gab es am Mittwoch dort eine kleine **Vorfeier für den 18. März,** eine jener den Junkern so unangenehmen Märzdebatten. Abg. Munckel nahm beim Etat der Bauverwaltung Gelegenheit, auf die vom Berliner Polizeipräsidenten verweigerte Erlaubnis zum Bau eines Portals für den Friedhof der Märzgefallenen einzugehen und die Bevormundung zu brandmarken. Bekanntlich hat Herr v. Windheim in dem von dem konservativen Baurat Hoffmann gezeichneten Portal eine „Verherrlichung der März-Revolution" erblickt und darum sein Veto eingelegt. Herr Munckel freute sich über dieses offizielle Anerkenntnis, daß am 18. März 1848 doch eine Revolution, nicht nur, wie es unsere Junker stets verkünden, nur eine Revolte, die von ein paar Juden und Polen ausging, stattgefunden habe. Er legte die Photographie des zeichnerischen Entwurfes auf den Tisch des Hauses nieder, um zu zeigen, daß der konservative Baurat sich wirklich nicht sonderlich angestrengt habe, um durch Pracht oder ornamentale Verzierung das Andenken der Märzgefallenen besonders zu ehren, sondern sich auf die Herstellung eines ganz einfachen würdigen Friedhofsgitters beschränkt habe. Aber unsere Junker wollen auch von diesem einfachen Friedhofsgitter nichts wissen, sie möchten am liebsten die Gräber der Märzgefallenen dem Erdboden gleich machen und so jede Spur von ihren Erbentagen vertilgen. Unser Eisenbahn- und Verkehrsminister, dem die Bauverwaltung untersteht, wies den Beschwerdeführer Munckel glatt ab und zog sich hinter den Einwand zurück, daß ja die letzte Entscheidung, und zwar die des Oberverwaltungsgerichtes, in der Sache noch ausstehe und nicht ihm, sondern den Minister des Innern die Sache angehe. Auf der Rechten aber **schändete man die toten Märzkämpfer.** Der Graf Limburg-Stirum und Herr von Putkamer, ein naher Verwandter des verflossenen Ministers, verunglimpften das Andenken der Toten, wie es ihrer Gesinnung entspricht und lobten natürlich das Vorgehen der Polizei und der Regierung über den grünen Klee. Spaßig war der Versuch der beiden Herren, preußische Geschichte zu machen oder besser zu fälschen, und den edlen König Friedrich Wilhelm IV. zu retten. Herr von Putkamer wurde bei seinen damit verbundenen Ausfällen auf die Linke mehrmals unparlamentarisch und zog sich mehrere Rügen des ultramontanen Vicepräsidenten von Heereman zu. Von den Freisinnigen sprachen noch der alte Langerhans und der Wadenstrümpfler Ehlers, auch Munckel replizierte noch einmal sehr glücklich. Weder vom Centrum noch von den Nationalliberalen sagte irgend ein Abgeordneter ein Wort zu der ganzen Angelegenheit. Fürwahr ein edles Brüderpaar. Die frommen Freunde des Herrn Paasche und die frommen Freunde des Herrn Lieber sind einander wert. —

Munckels Rede.

Im Auszug wiedergegeben.

Die Angelegenheit, die ich hier vorbringen will, gehört eigentlich nicht hierher, aber es ist wohl anzunehmen, daß die Bauverwaltung damit befaßt worden ist. Auf das Gesuch der Stadt Berlin um Erteilung der Bauerlaubnis für den Friedhof der Märzgefallenen ist erst nach neun Monaten — die Gesuche und Angelegenheiten der Stadt Berlin erfreuen sich ja bei der Staatsregierung einer besonders gründlichen Erwägung — ein Bescheid ergangen. Der Bescheid lautete bekanntlich ablehnend, weil das Projekt eine Verherrlichung der Revolution darstelle. Ich lege die Zeichnung auf den Tisch des Hauses nieder, damit Sie sich überzeugen können, welche Ehrung der Märzgefallenen damit beabsichtigt war. Das Portal und die Umfriedigung sind durchaus einfach gehalten, das Projekt ist entworfen von dem Erbauer des Reichsgerichts in Leipzig, einem durchaus konservativen Mann. Die Kosten würden sich auf 6500 Mark belaufen; das ist etwa der 25. Teil der Kosten, welche die Stadt Berlin zur Ausschmückung der Straßen bei der Centenarfeier auf sich genommen hat. Baupolizeiliche Bedenken können gegen die Anlage nicht vorliegen, denn Konstruktionsfehler enthält das Projekt sicher nicht.

[Heiterkeit.]

Man muß also nach anderen Gründen gesucht haben, und diese Gründe können nur politischer Natur sein. Ich bestreite aber, daß zu einer derartigen Versagung ein Rechtsgrund vorliegt. Von einer Demonstration kann eben nicht die Rede sein. Ich würde es bedauern, wenn die Stadt Berlin eine Demonstration zur Verherrlichung der Märztage mit einem solchen Kostenaufwande bezweckt hätte.

[Sehr gut! links.]

Eine Inschrift ist auf dem Entwurf gar nicht enthalten, sie würde auch gar keiner baupolizeilichen Genehmigung bedürfen. Von einer Verherrlichung der Revolution wird in dem Bescheide des Polizei-Präsidenten gesprochen. Ich freue mich über diese Anerkennung, denn sonst sprach man immer nur von einem Auflauf, einer Revolte, einer Empörung. Ich freue mich, sage ich, denn wir haben alle unser Gutes von jener Bewegung, vor allem der Landtag, der direkt aus ihr hervorgegangen ist, dann aber auch der Deutsche Reichstag und der deutsche Kaiser.

[Lachen rechts.]

König Friedrich Wilhelm IV. hat ja auch die Berechtigung jener Bewegung selbst anerkannt.

[Widerspruch rechts.]

Oder wollen Sie sagen, daß jene Ehrenbezeugungen nicht aufrichtig gemeint, nicht freiwillig dargebracht worden waren? Als konservativer Mann würde ich das nicht wagen. Als liberaler Mann kann mir ein Zweifel garnicht kommen. Das konstitutionelle Regiment in Preußen ist in jenen Tagen geboren worden.

[Widerspruch rechts.]

Allerdings, wäre Herr v. d. Recke damals schon Minister gewesen, so wäre damals nur nach den Füßen geschossen worden. Dann brauchten wir heute keine Bauerlaubnis für eine Kirchhofs-Umfriedigung nachzusuchen. Ein rechtlicher Grund für die Versagung der Erlaubnis liegt nicht vor. Um so mehr böses Blut hat die Verfügung gemacht. Und sollte die Entscheidung über die Beschwerde, und sollte der Prozeß vor den Verwaltungsgerichten wieder neun Monate dauern, so werden wir noch lange Zeit haben, uns über diese Frage zu unterhalten. Wenn Sie glauben, daß durch das Hinziehen der Sache die ganze Geschichte zum Stillschweigen kommen soll, so irren Sie sich. Je länger Sie

diese Art des Kampfes gegen den Liberalismus fortsetzen, um so stärkeren Widerstand werden Sie herausfordern.
[Lebhafter Beifalls links.]

Nachrichten aus Magdeburg.

— Von der Geschäftsstelle des hiesigen Antisemitenblattes wird **die Hetzrede des Grafen Pückler** fortgesetzt verbreitet. Zwar sind „einige Stellen, die Herrn Singer und Genossen Angst und Schrecken einjagen können, weggelassen", dennoch enthält das Flugblatt eine Anzahl Sätze, die **zu Gewaltthätigkeiten aufreizen und den Rassen- und Klassenhaß schüren.** Hier einige Beispiele: „Der Antisemitismus gleicht einem verborgenen Feuer, das in der Tiefe weiter und weiter glimmt, bis er plötzlich zum gewaltigen Brande emporlodern wird. . . . Auch die Behörden werden ihnen nicht mehr helfen können und werden nicht imstande sein, den Sturm der Begeisterung aufzuhalten und die mächtige deutsche Bewegung einzudämmen, die mit elementarer Wucht hervorbrechen, lawinenartig anschwellen und Israel **zerschmettern** wird. . . . Das Volk wird endlich die unwürdigen Sklavenketten brechen mit frischem Mut und **zäher Kraft.** . . . Es giebt keinen brutaleren Gegner als den Juden. Wir müssen die jüdische List mit **deutscher Kraft** bekämpfen. Der Jude ist gegenwärtig der Wolf im deutschen Schafstall; das gutmütige Lamm ist der Deutsche, der sich geduldig von dem Wolf zerfleischen läßt, aber mit der Zeit werden aus den Lämmern wütende Löwen werden. **die mit ihren gewaltigen Pranken Israel zerschmettern** werden. . . Wohl ballt mancher kleine Kaufmann und Handwerker voller Wut die Faust in der Tasche, wenn er das Treiben dieser **Räuberbande** beobachtet. . . . Alle diese Gesetze (Unfall-, Kranken- und Altersversicherung) sind auch an und für sich sehr gut und nützlich, aber sie werden **die nahende Revolution** nicht mehr aufhalten können. . . . Möge unser Bürgertum sich endlich ermannen und energisch Front machen gegen dieses **fremde Gesindel.** Wohl die gefährlichsten Leute der ganzen **Judenbande.** Das sind eigentlich gar keine Menschen mehr, das sind **Bestien, Vampyre, Blutsauger,** welche die Not und die bedrängte Lage ihrer Mitmenschen ausbeuten, um mit dem Sündengeld sich zu bereichern und zu mästen . . . Die wahre Humanität besteht darin, daß wir die **Judenbande endlich hinauswerfen,** um das eigene Volk zu retten . . . Jeder ist sich selbst der Nächste, wir handeln nur in Notwehr, **wenn wir uns energisch wehren gegen dieses fremde Gesindel."** — — Sodann wird in dem Schandblatt hingewiesen auf den „vortrefflichen" König Friedrich Wilhelm I. und ihm nachgerühmt: „Mit eiserner Faust regierte er sein Volk und trieb rücksichtslos alles aus seinen Landen, was faul und schlecht war", und in der Hetzerei und Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten wie folgt fortgefahren: „Darum auf zum Kampf! Die Kriegserklärung an das Judentum ist erfolgt; jetzt muß sich der Aufmarsch der Armeen vollziehen, jetzt müssen die Bataillone der Kämpfer sich sammeln zum schnellen und **energischen Angriff.** Möge Gott einige mutige Männer erwecken, die mächtig in das Kriegshorn blasen, daß man den ehernen Schall der Trompete hört auch in den fernsten Thälern; dann wird es bald wieder lebendig werden in den deutschen Landen, und der deutsche Michel, der lange Zeit im tiefen Schlafe traumversunken lag, er wird plötzlich erwachen und wird sich verwundert die schlaftrunkenen Augen reiben. Warum stehst du noch immer unthätig am Markt, du blondbärtiger, reckenhafter Germane, warum siehst du müßig zu, wie deine Brüder und Stammesgenossen leiden unter der Knechtschaft des Judenvolkes? Ist denn kein Funke von Vaterlandsliebe mehr in deiner Brust, kein Rest von Mannesmut und Kampfeslust? Frisch auf, ermanne dich endlich und werde ein Held; tritt ein in die Reihen der christlichen Streiter, dann wird der Mann jämmerlich um Gnade schreien und wieder Respekt bekommen vor der **deutschen Kraft.** Gleiches Entsetzen wird die Juden erfassen; sie werden plötzlich ihr Hab und Gut zusammenpacken und **in Scharen die deutschen Grenzen verlassen** und hinterher erschallt das Hurra der Deutschen." — Wir geben diese Gemeinheiten unseren Lesern bekannt, damit sie erfahren, welche Sprache sich die Antisemiten erlauben und was für Flugblätter **in Magdeburg** von diesen Menschen verbreitet werden können. Bei künftigen Prozessen gegen die Volksstimme wird dieses Flugblatt noch eine beachtliche Rolle spielen. Wenn in den nächsten Tagen den Inhabern jüdischer Geschäfte die Schaufenster demoliert, die jüdischen Mitbürger auf offener Straße verhöhnt und drangsaliert, roh mißhandelt, deren Kinder verspottet werden, braucht unsere allezeit wachsame und strenge Behörde nach den Urhebern nicht lange zu suchen. —

— Aus einer (auch in diesem Blatte erwähnten) **Konferenz** von Vertretern der Angestellten der Privatposten und dem Oberpostrat Granzow ist bekannt geworden, daß für die älteren Angestellten der Privatposten, die der Staat zu übernehmen gedenkt, eine weitere Ausdehnung der Altersgrenze erfolgen würde, wenn die Betreffenden brauchbar für den Dienst und ihr früheres Leben „unbescholten" wäre. Dies wird als ein sehr dehnbarer Begriff betrachtet, und er dürfte bei den Anschauungen des Herrn v. Podbielski, welche dieser im Reichstage mit größter Deutlichkeit kund gethan hat, sehr leicht auch auf die politische Ueberzeugung der zu übernehmenden Privatangestellten ausgedehnt werden. Im Reichstage werden unsere Vertreter eine ausführliche Erläuterung des Wortes „unbescholten" verlangen. —

— **Zur Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten** wird mitgeteilt, daß im verflossenen Jahre kommissarische Beratungen über das Maß der an das Eisenbahn-Betriebspersonal zu stellenden dienstlichen Anforderungen stattgefunden haben. Diese Beratungen haben, wie es weiter heißt, zur Aufstellung von „Bestimmungen über die planmäßige Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahn-Betriebsbeamten" geführt, denen nunmehr alle beteiligten Regierungen beigetreten sind. „Die Bestimmungen enthalten die Grundsätze, von denen bei der Bemessung der Dienstdauer des Stations- und Bahnbewachungs-, sowie des Zugbegleitungs- und Lokomotiv-Personals auszugehen ist, und sollen auf alle mit der selbständigen Wahrnehmung der Dienstverrichtungen dieser Beamten betrauten Personen Anwendung finden, ohne Rücksicht darauf, ob sie als Beamte angestellt sind, diätarisch beschäftigt werden oder außerhalb des Beamtenverhältnisses stehen. Die neuen Vorschriften, denen die Diensteinteilung bei den preußischen Staatseisenbahnen im wesentlichen schon heute entspricht, werden nunmehr auch bei den übrigen Staatseisenbahnen allmählich durchgeführt werden. Die Privatbahnen sind vom Reichs-Eisenbahnamte veranlaßt worden, künftig nach denselben Grundsätzen zu verfahren." —

— Wie die Leser der Volksstimme aus dem Artikel „Allerlei aus dem Reichstage" ersehen, erzielte in der Sitzung der Budget-Kommission Genosse Bebel einen bemerkenswerten Erfolg. Im Etat für Südwest-Afrika wurden unter der harmlosen Bezeichnung **„Beihilfen für sich ansiedelnde deutsche Mädchen"** 25 000 Mark gefordert. Bebel war in der Lage, den seiner Zeit auch in der Volksstimme veröffentlichten Vertrag, der zwischen den Mädchen und ihrer Herrschaft auf Grund des von der Deutschen Kolonial-Gesellschaft entworfenen und vorgeschriebenen Vertrages abgeschlossen wird, zu produzieren und einer scharfen Kritik zu unterziehen. Der Vertrag werde mit Recht als **Sklaverei-Vertrag** bezeichnet und das Reich übernehme eine Verantwortung, die es gar nicht tragen könne. Merkwürdigerweise war der Vertrag nicht einmal der Kolonialverwaltung bekannt, denn der Kolonial-Direktor Herr v. Buchka mußte sich Bebels Vertragsformular zur Kenntnisnahme ausbitten. Man sieht, mit wie mangelhafter Begründung den deutschen Steuerzahlern hohe Summen abgefordert werden und wie beachtlich die Kritik der sozialdemokratischen Presse ist, denn nur diese hatte den Sklaverei-Vertrag an das Tageslicht gezogen. —

— Die Urkunde über die Geschichte der Entstehung des Bismarck-Denkmals ist am Donnerstag mit den hier erscheinenden Zeitungen in das Denkmal eingefügt worden. Selbstverständlich hat auch die **Volksstimme im Bismarck-Denkmal** einen Platz gefunden. —

— In einem abermaligen Eingesandt in einem hiesigen Blatte über die **Wohnungsverhältnisse in Buckau** wird der Behauptung entgegengetreten, daß die Löhne jetzt höher seien als vor 20 Jahren. Der jedenfalls sehr gut unterrichtete Schreiber stellt fest, daß aus den Lohn- und Accordlisten zu ersehen sei, daß vor 20 Jahren die Accordsätze höher gewesen sind, als heutzutage. —

— Nach dem Bericht des hiesigen statistischen Amts war die **Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs** in der Woche vom 12.—18. Februar folgende: Geboren wurden 76 männliche, 82 weibliche, zusammen 158 Personen. Gestorben sind 50 männliche, 34 weibliche, zusammen 84 Personen. Die Zahl der Zugezogenen betrug 750, die der Fortgezogenen 779. Die Bevölkerungszahl am 18. Februar 1899 stellte sich folgendermaßen: Altstadt 91 930, Wilhelmstadt 19 268, Friedrichsstadt mit Werder 8798, Sudenburg 31 363, Neustadt 47 234, Buckau 26 776, zusammen 225 364 Personen (113 227 männliche, 112 137 weibliche), gegen die Vorwoche 44 Personen mehr. —

— Der **Erste Staatsanwalt** ersucht um Auskunft über den Verbleib des Weißgerbers Louis Dannenberg aus Wolmirstedt, der sich am 20. Februar aus seiner Wohnung entfernt hat und bis heute nicht zurückgekehrt ist. Dannenberg ist am 7. August 1863 zu Wolmirstedt geboren, ist von schlanker Gestalt, ca. 1,75 Meter groß, hat dunkles langes Haar, Schnurrbart, längliches Gesicht, lange Finger und am Kopfe eine Narbe. Er war bekleidet mit dunklem grauen Rock, dunkler gestreifter Weste, hellgrauer englisch lederner Hose, bunten Bordehosenträgern, wollenem Unterhemd, einem Barchenthemd mit schwachen roten Streifen, grauwollenen Strümpfen, weißer Barchentunterhose, Lederschuhen mit Riemen, schwarzseidener Mütze. Er trug ein rotbuntes Taschentuch mit schwarzen Punkten bei sich. —

— Die **Feuerwehr** ist im Monat Februar 29 mal in Anspruch genommen worden: bei Feuersgefahr 24 mal, 5 mal bei anderen Gelegenheiten. Unter den gemeldeten Bränden befanden sich 4 Großfeuer, 6 Mittelfeuer und 14 Kleinfeuer, unter den letzteren 0 Schornsteinbrände. Blinder Lärm ist 2 mal festgestellt, einmal verübt durch groben Unfug. —

— **Hilflos aufgefunden** wurde der hier zugereiste Verwalter Oswald J. in der Brandenburgerstraße. Er wurde nach dem altstädtischen Krankenhause gebracht. —

— **Unfälle.** Der Handlungsgehilfe Otto W. hat eine Kopfverletzung durch Mißhandlung, wie er angiebt, erhalten. — Von einem Wagen in der Citadelle ist die Witwe G. gestürzt und hat sich den rechten Fuß gebrochen. — Auf dem Hofe der altstädtischen Krankenanstalt ist der Arbeiter Ernst W. gefallen und hat sich einen Bruch des rechten Unterschenkels zugezogen. Die drei Verletzten fanden in der letztgenannten Anstalt Aufnahme. —

Die Angestellten der Privatposten rühren sich.

Die Angestellten von 25 Privatposten (darunter auch vom Courier in Magdeburg) haben dem Reichstage eine Petition zugehen lassen, in der sie fordern, daß denjenigen Angestellten, welche beim Inkrafttreten des neuen Postgesetzes nicht in den Dienst der Reichspost übertreten, eine höhere Entschädigung gezahlt werde, als sie in dem betreffenden Gesetzentwurf normiert ist. Sie schlagen vor, die Entschädigungssumme wie folgt festzusetzen:

von 3 Monaten bis 1 Jahr . . .	1/4,
„ mehr als 1 Jahr bis 3 Jahre . .	1/2,
„ „ „ 3 „ „ 5 „ . .	1,
„ „ „ 5 „ „ 7 „ . .	1 1/2,
„ „ „ 7 „ „ 10 „ . .	das Doppelte

des zuletzt bezogenen Jahreseinkommens. Die Petenten fordern ferner, daß ihnen die zuerkannte Entschädigung in einer Summe und nicht in Teilzahlungen ausgezahlt werde. Außerdem wird gefordert, daß den in den Reichsdienst übernommenen Angestellten der Privatposten die bei den letzteren zurückgelegte Dienstzeit voll angerechnet werde und daß diejenigen, welche von der Reichsbehörde nach einer Probezeit von sechs Monaten als nicht für den Reichsdienst tauglich entlassen werden, ebenfalls noch die volle Entschädigung erhalten. —

Kleinhandelssteuer.

Aus kaufmännischen Kreisen wird uns geschrieben: Den unschuldigen Namen Kleinhandelssteuer soll die von Miquel geplante Warenhaussteuer tragen, die die Konzentration der Detailbetriebe im kaufmännischen Gewerbe im Interesse des „Mittelstandes" verlangsamen und unterbinden soll. Die Zeitungsnachrichten über das neue Steuerprojekt sollen zwar ungenau sein, aber so viel steht fest, daß Miquel den Forderungen der antisemitelnden Mittelstandspolitiker sehr weit entgegengekommen ist, und daß er für die größeren Betriebe gewisser Zweige des Warenhandels neben der regulären Gewerbesteuer eine Zusatzsteuer einzuführen gedenkt, die sich nach der Anzahl der in einem Geschäft vereinigten Branchen, der Zahl der Gehilfen und der Mietshöhe bemessen soll. Ausgeschlossen von dieser neuen Besteuerung sollen sein: der Handel mit Wertpapieren und die sonstigen Bankiergeschäfte; der Handel mit unbeweglichen Sachen, der Betrieb der Gastwirtschaften und Konditoreien, der Handel mit Fleisch und Backwaren, Mehl und Getränken, Brenn- und Leuchtstoffen aller Art; der Handel mit sonstigen Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft; der Handel mit selbstverfertigten Maschinen, Fuhrwerken und sonstigen Fahrzeugen, ausgenommen Fahrräder und Nähmaschinen; der Buch- und Musikalienhandel.

Die Befreiung gilt für die letzgenannten Arten nur, wenn die Betriebe ausschließlich Waren der bezeichneten Art führen. Erstrecken sich die Betriebe gleichzeitig auf Waren andrer Art, so tritt für sie die Steuerpflicht im vollen Umfange ein.

Vereine, Genossenschaften und Korporationen, die von der Gewerbesteuer befreit sind, sollen auch der neuen Steuer nicht unterliegen. In Gemeinden, in denen auf Grund des § 29 des Kommunal-Abgabengesetzes besondere Gewerbesteuern zur Einführung gelangt sind, von denen die Minister des Innern, des Handels und der Finanzen anerkennen, daß sie den Zielen und Absichten der neuen Steuer entsprechen, unterbleibt die Erhebung der Kleinhandelssteuer.

In dieser letzten Bestimmung liegt offenbar die Aufforderung an die Kommunen, ihrerseits so rasch als möglich Warenhaussteuern einzuführen. Der Sinn der geplanten Steuer ist wirtschaftlich reaktionär.

Am gefährlichsten erscheint die Bestimmung, die Steuer nur nach der Kopfzahl des Personals zu bemessen. Das muß wie eine Prämie auf **intensivste Ausnutzung der Angestellten** in Warenhäusern wirken. Diejenigen Chefs, die ihr Personal aufs äußerste ausbeuten und die Arbeit, die anderwärts von drei Gehilfen verrichtet wird, von zwei oder einem verrichten lassen, würden vom Staate geradezu belohnt werden, da die Steuer niedriger bemessen würde.

Diese Bestimmung muß die kaufmännischen Angestellten besonders anspornen, die öffentliche Meinung gegen das neue Projekt des Tausendkünstlers im Kastanienwäldchen aufzurufen.

Von einer Steuer auf die Filial- und Versandgeschäfte ist in den bisherigen Zeitungsmeldungen nicht die Rede. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Herr Miquel auch sie nicht vergessen haben wird. Bei der Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses ist es leider nicht ausgeschlossen, daß das Miquelsche Projekt durchdringt, wenn die zunächst betroffenen Kreise, aber auch die Konsumenten, sich nicht energisch dagegen zur Wehr setzen. — J. S.

Nachrichten aus der Provinz.

Arendsee. (Großfeuer.) Montag früh brannte die holländer Windmühle des Mühlenbesitzers Thiede bis auf die Grundmauern nieder. Große Vorräte an Mehl und Korn sind mitverbrannt. Ebenfalls ist die Dampfmaschine vollständig vernichtet. —

Halberstadt. (Verurteilt.) Wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens wurde vom hiesigen Schwurgericht der Schneidergeselle Christian Bläß von hier zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Neuhaldensleben. (Kram- und Viehmarkt.) In unserer Stadt wird am 14. d. M. ein Viehmarkt und am 15. d. M. ein Krammarkt abgehalten. —

Nordhausen a. H. (Kindesmord.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte in seiner Sitzung am Montag die 27jährige Schneiderin Henriette Tölle aus Berga wegen Tötung ihres neugeborenen Kindes zu drei Jahren Gefängnis. —

Rogätz. (Bubenstück.) In der Nacht zum Montag wurden hier in einer neu angelegten Obstplantage 31 Bäume umgebrochen. Ueber den oder die Baumfrevler fehlt jede Spur. —

Wittenberge. (Skandalaffaire.) Die Witwe Strüber hierselbst ist kürzlich wegen Verbrechens gegen das keimende Leben verhaftet worden. Bereits haben sich einige der Frauen und Mädchen, deren eine größere Anzahl von hier und auswärts in die Angelegenheit verwickelt ist, aus Furcht vor Bestrafung das Leben genommen. Auch der Engelmacherei sollen sich die Strüber und deren Tochter, die separierte Günther, schuldig gemacht haben. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Breslau. (Selbstmord.) Auf dem Brigadebureau hat sich am Dienstag der Oberlieutenant v. Kahlden vom 6. Dragoner-Regiment, der als Adjutant zur 11. Kavallerie-Brigade kommandiert war, erschossen. —

Droysig. (Scharlach-Epidemie.) Wegen Auftretens des Scharlachfiebers sind die hiesigen Schulen geschlossen worden. —

Hirschberg i. Schl. (Feuersbrunst.) In Kaussung sind durch eine gewaltige Feuersbrunst 20 Gebäude eingeäschert worden. —

Königsberg i. Pr. (Unterschlagung.) Geflüchtet ist aus Neidenburg in Ostpreußen der dortige Kämmereikassenrendant Smolinski nach Unterschlagung des gesamten Kassenbestandes (etwa 10 200 Mark). Smolinski war ein leidenschaftlicher Spieler; bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden keine Gelder vorgefunden. —

Leipzig. (Einbrecherin.) In Gohlis waren mittelst Einbruchs einem Vereinskassierer 2500 Mark Bargeld und einem Schutzmann 118 Mark gestohlen worden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, sind die Diebstähle von der Frau des mitbestohlenen Schutzmanns ausgeführt worden. Die Diebin hatte bereits 200 Mark von den entwendeten 2500 Mark verausgabt. —

Kleine Chronik.

In einen nach Deutschland bestimmten Eisenbahnzug mit Pferden fuhr am Mittwoch früh bei der Station Tirlemont in Belgien ein Güterzug von der Seite hinein. Etwa zehn Stallverschläge wurden zermalmt, eine große Anzahl wurde getötet oder verletzt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. —

Die Sonderburger Exportdampfmühle ist durch Feuer zerstört. Das Maschinenhaus sowie fünf weitere Gebäude sind eingeäschert. 200 Mann Infanterie wurden zur Hilfeleistung beordert. —

Aus Yokohama (Japan) kommt die Meldung, daß dort am Sonntag wiederum ein heftiges Erdbeben stattgefunden hat. Betroffen sind dieselben Ortschaften, die bereits im Jahre 1891 heimgesucht worden waren. Der jetzt angerichtete ziemlich erhebliche Schaden läßt sich noch nicht übersehen; auch einige Personen sind ums Leben gekommen. —

Ihrer Barschaft und Juwelen beraubt und ermordet wurde in einem Hause unweit Tottenham Court Road, West London, eine ältliche deutsche Frau Namens Briesenick, die mit Wahrsagerei viel Geld verdiente. Der That dringend verdächtig ist ihr viel jüngerer Mann, der seit einigen Tagen spurlos verschwunden ist. —

Am Dienstag sind die Opfer der Pulverexplosion in Lagoubran beerdigt worden. Nicht weniger denn 12 Wagen mit 91 Särgen fuhren nach dem Friedehofe. Der Leichenzug hatte eine Länge von ca. 2 Kilometern. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Burg. Am Sonnabend, den 11. März, abends 8 Uhr, tagt im „Hofjäger" eine öffentliche Zimmererversammlung, worauf wir besonders hinweisen wollen. —

Briefkasten.

K. Z. Das eingesandte Gedicht über die Verurteilung der Löbtauer, „Kindestrost und Traum" betitelt, ist gewiß sehr gut gemeint und tief empfunden; aber während im ersten Teil des Gedichts der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß des Kindes Vater lebend in die Freiheit zurückkehrt, scheinen die Schlußstrophen das Gegenteil auszudrücken. Die Worte „komisches Gesicht" und „Vergißmeinnicht" sind wohl nur des Reimes wegen gewählt. Gruß. — **Fr. Dr., Burg.** Auch wir können uns mit dieser Agitation keineswegs einverstanden erklären, sie hat eine Zerklüftung unserer Parteiverhältnisse zur Folge und zielt auf die Brandschatzung der Parteigenossen ab. Dabei ist der Redner abstoßend und verletzend in der Diskussion, so ist uns aus den verschiedensten Orten gemeldet. Diesem Treiben sollten sich unsere Genossen fern halten; auf alle Fälle thun unsere Vertrauensleute gut, sich um die Dinge nicht zu kümmern. Geschieht dies, so wird der Anschein erweckt, als gehe die Agitation von der Partei aus. —

Letzte Nachrichten.

Hannover. Mittwoch nachmittag schoß in der Rückertstraße ein Arbeiter vom Fenster seiner Wohnung aus, wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesstörung, auf eine im Nebenhause am Fenster stehende Frau, welche schwer verletzt wurde. Hierauf erschoß der Arbeiter seine Frau und sich selbst. —

Leipzig. Der Streik der Schneider nimmt eine günstige Wendung, da bereits 12 Firmen die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. —

München. Hier haben weitere 17 Firmen den Tarif der Schneider anerkannt, so daß jetzt 66 Firmen mit 905 Gehilfen zu den gestellten Bedingungen arbeiten lassen. —

Soeben ist die Broschüre „Das Dresdener Zuchthaus-Urteil vor dem Deutschen Reichstage" in unserer Buchhandlung eingetroffen. Die Broschüre ist nach dem offiziellen stenographischen Bericht über die Verhandlungen am 22. und 23. Februar 1899 zusammengestellt und mit einer Einleitung versehen. Preis 20 Pfg. —

Burg Billigste Bezugsquelle **Burg**

feiner Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben

Scharlauerstraße 49 **August Lüdecke** Scharlauerstraße 49

Kinder-Anzüge	von 2.40 Mk. an	Stoffhosen	von 2.75 Mk. an
Konfirmanden-Anzüge	„ 8.00 „ „	Manchesterhosen	„ 4.00 „ „
Herren-Anzüge	„ 11.50 „ „	Sammetwesten	„ 4.25 „ „
Blaue Schutzanzüge	„ 3.90 „ „	Lederhosen und Westen	in allen Größen und Preislagen

620 Barchent-Herren- und Frauen-Hemden von 1.30 Mk. an.

Anfertigung nach Maas unter Garantie für tadellosen Sitz.

Holzmachers Parquetbohne

Fabrikanten:

Holzmacher & Patté

Magdeburg. 670

Preisgekröntes Fabrikat zum **Bohnen von Parquetböden, gestrichenen Fußböden und Linoleum,** sowie zum **Aufpolieren von Möbeln usw.** Allseitig anerkannte Vorzüge: **Desinfizierende Wirkung, angenehmer Geruch, sparsamster Verbrauch.**

Zu haben in Büchsen von ca. 250 gr an in den meisten besseren Kolonialwaren-Handlungen 2c.

Vor Nachahmungen wird gewarnt! Man achte auf die Schutzmarke!

Vorsicht ist geboten

bei den jetzt vielfach in den Handel gebrachten meist minderwertigen Waschmitteln. Das seit ca. 20 Jahren in den Handel gebrachte echte **Dr. Thompsons Seifen-Pulver** mit Schutzmarke **„Schwan"** hat sich bis jetzt noch und Bequemste erwiesen. **Ueberall käuflich!** als das Beste, Billigste

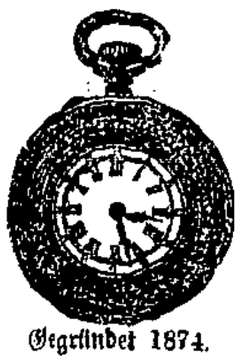
Alleiniger Fabrikant: 2650

Ernst Sieglin in Düsseldorf.

Wirtschafts-Bazar Sudenburg

Breiteweg Nr. 117. 729

Emaille-Geschirre à Pfd.	40 ₰	**Porzellantassen,** vollständig	10 ₰
„ **Nachtgeschirre,** 18 cm	20 „	**Kleiderbürsten**	50 „
Petroleumkannen, 2 Ltr.	43 „	**Klammern,** Schock	13 „
Küchenlampen von 25 ₰ an.		**Reibeisen** von 8 ₰ an.	



Gegründet 1874.

Zur Konfirmation

empfehle mein bedeutend vergrößertes Lager **Goldene Broschen, Ohrringe, Halsketten, Armbänder, Korallen-Ketten, Korallen-Broschen** und **Ohrringe, Granatenschmuck. Goldene Schmuckringe,** schöne Muster. **Goldene Verlobungsringe** mit **Reichsstempel.** Goldene und silberne Herren- und Damen-Uhren in allen Preisen. — Schönstes Lager **moderner Hänge-Uhren und Regulateure.** Alle Sorten Double- und Nickelketten in vielen Mustern. Gute Reparatur-Werkstatt.

Hermann Möller, Uhrmacher

735 Magdeb.-Buckau, Feldstraße 55.

Schaufenster bitte zu beachten.

Wir suchen per sofort 175

mehrere gute Rock- u. Westen-Schneider

für unsere seit zwei Jahren bestehende Betriebswerkstatt, welche den seitens der Lohnkommission gestellten Anforderungen ganz und voll entspricht, auf Stücklohn nach unserm **alten Lohntarif** wie folgt:

1reih. Sacco	10.50 Mk.	Fracks	17.00—18.00 Mk.
2 „ „	11.— „	Sommer-Paletots	13.00 „
Röcke	13.50 „	Westen	3.00 „
Gehröcke	16.50 „		

Diese Preise verstehen sich auf Betriebswerkstatt. Außer dem Hause zahlen wir auf alle Preise **10 Prozent mehr.**

Warenhaus Leiterstrasse 1b, I.

Sudenburger Athletenklub Eiche.

Unser

5. Stiftungsfest

findet **Sonnabend, den 11. d. Mts.,** im Lokale des Herrn Franz Königstedt, Schöningerstraße Nr. 28, statt. Außer **Ball** findet noch großes **Preisstemmen** statt.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

731 **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Sudenburg

am Sonnabend, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr

im **Lokal zum Deutschen Hof, St. Michaelstraße Nr. 16.**

Referent und Tagesordnung werden in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Die Ortsverwaltung.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

zu ganz billigen Preisen

unter voller Garantie

3096 empfiehlt

H. Hahnewald

M.-Sudenburg, Br. Weg 51.

Buckau.

Konfirmanden-Anzüge

10—25 Mk., sowie

Anfertigung nach Maß.

Schwarze u. farbige Kleiderstoffe.

Teilzahlungen gestattet.

R. Seyffarth

Cognistraße 17. 520

Möbel! Buckau. Möbel!

Edm. Kühne

47 Schönebeckerstraße 47.

Man überzeuge sich, daß man bei mir ebenso **billig kauft** wie in Magdeburg.

Unsere Strickwolle

(Marke ges. geschützt), Zollpfund nur 2.40 Mk., ist unübertroffen.

Bazar Magdeburg

Jakobs- und Petersstraßen-Ecke

Filialen: **Buckau, Thiemstraße 1, Wilhelmstadt, Annastraße 2.**

---

* Eine fast neue **Bockkarre** zu verkaufen. Fermersleben Weststraße 6.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Prozent Rabatt, trotz der äußerst billigen Preise.

Breiteweg 89|90

kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:

Nußbaum und Birken

echte, halbechte und imitierte

Möbel

ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete

Polsterwaren

bei 70

Georg Mook

Breiteweg 89|90.

Buckau. **Geschäftsübernahme.** **Buckau.**

Allen Genossen und Freunden zur gefälligen Nachricht, daß ich das

Schuhwarenlager v. Brömse, Lerch & Co.

Cognistraße 5

käuflich übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, durch gute und reelle Ware, bei billigsten Preisen, das mich beehrende Publikum zufrieden zu stellen. Ich bitte bei Bedarf mich unterstützen zu wollen. Empfehle

Konfirmanden-Stiefel und Schuhe.

Reparaturen werden sauber und preiswert mittels gutem Kernleder ausgeführt.

171 Achtungsvoll

Alwin Oelze, Schuhmachermstr.

Bekanntmachung.

Um den vielseitig an mich ergangenen Wünschen entgegenzukommen, habe ich mich entschlossen, für die letzte Zeit meines Hierseins die Eintrittspreise zu ermäßigen und zwar:

Logensitz 2.10 Mk., Parquet und Sperrsitz (num.) 1.55 Mk., 1. Platz 1.05 Mk., 2. Platz 70 Pfg., Galerie 35 Pfg.,

Kinder unter 10 Jahren, sowie Militär 1. Platz 55 Pfg., 2. Platz 35 Pfg., Galerie 25 Pfg. incl. städtischer Billetsteuer

und bitte ich um weitere gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Mit vorzüglicher Hochachtung

B. Jansly, Direktor.

Cirkus Jansly

Freitag, den 10. März, abends 8 Uhr:

Elite-Vorstellung.

Auf allgemeinen Wunsch: Nochmalige Aufführung der mit so großem Beifall aufgenommenen

566 Pantomime:

Ein Traum im norwegischen Gebirge

Sonntag, den 12. März:

2 große Vorstellungen

nachm 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Stadt-Theater.

Freitag, den 10. März 1899:

Anfang 6½ Uhr.

Benefiz für den Kapellmeister Theodor Winkelmann.

Gastspiel Fritz Friedrichs vom Kgl. Hoftheater in Berlin.

Herr Burian vom Stadttheater in Hamburg.

Die Meistersinger von Nürnberg.

Große Oper in 3 Akten von R. Wagner. Beckmesser — Fritz Friedrichs a. Gast. Walter Stolzing — Herr Burrian a. Gast.

Wilhelm-Theater.

Freitag, den 10. März 1899:

Hotel zum Freihafen.

Schwank in 3 Akten von Jacobson.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:

Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Allen werten Genossen und Freunden, sowie meinen geehrten Kunden zur gefälligen Notiz, daß sich mein **Rasier- und Haarschneide-Salon** von heute ab

Tischlerkrugstr. 11

befindet. Indem ich saubere und pünktliche Bedienung zusichere, bitte ich um freundliche Unterstützung meines Unternehmens.

730 Achtungsvoll

Anna Biermann, geb. Morgenroth.

Tapeten

empfiehlt zum Umzuge zu den billigsten Preisen in den neuesten Mustern

Friedrich Bock

Moltkestraße 9 177

und Buckau, Thiemstraße 18.

Burg. **Burg.**

„Gute Quelle" Kolonieftr.

Sonnabend abend:

Anstich des berühmten Allendorfer Bockbiers.

Sonntag: **Grosses Bockbierfest.**

Ergebenst ladet ein

732 **Franz Arnold.**

Fleisch-Offerte!

Rindfleisch 60 Pf., Hammelfleisch 60 Pf., Kalbfleisch 60 Pf., Schweinefleisch 60—70 Pf., Flomen 60 Pf., Gehacktes 70 Pf., frische Wurst 70 Pf. 720

G. Brüggemann, Stephansbrücke 34.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

---

* Zwei Futterschweine und zwei tr. Ziegen zu verkaufen. Hafenstraße 3, H., 2 Tr.

Wäsche wird gewaschen und geplättet. **Frieda Henniges,** Friedrichsstraße 9.

Stelle zu Ostern unter günstigen Bedingungen noch 174

Musik-Lehrling

in mein Musik-Corps ein.

G. Brüggemann, Musikmeister, Sudenburg, Helmstedterstraße 24.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims, Breiteweg 82, 1 Tr.

Freitag: Erbssuppe, Bratschollen und Salzkartoffeln.

Sonnabend: Weiße Bohnensuppe, Rindfleisch Salzkartoffeln und Meerettigsauce.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen

Hauptwache 5 und **Schmidtstr. 61.**

Freitag: Braunkohl mit Salzkartoffeln und Würstchen.

Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Manchester-Sammet

ist der haltbarste Stoff zu

Knaben-Anzügen.

Echt in größter Auswahl nur bei

G. Gehse 525

Johannisfahrtstr. 14.

---

* Kl. schwarzer **Hund** entlaufen. Zuzuführen gegen Belohnung Gericke, Salbke, Kirchstr. 2.

Nach kurzem aber schweren Krankenlager verschied meine liebe Frau

Rosalie geb. Hübner

im 33. Lebensjahre. Dies zur Nachricht allen Freunden und Bekannten. Die Beerdigung findet Freitag, den 10. März, 7½ Uhr, vom Trauerhause Feldstraße 15 aus statt.

Westerhüsen, d. 8. 3. 99.

178 **Oskar Göldner.**

Inserate

sowie

Abonnements

auf die

Volksstimme

nimmt entgegen

Karl Zähle

Fermersleben.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 59. Magdeburg, Freitag, den 10. März 1899. 10. Jahrgang.

Agrarische Schwulitäten.

Pv. Die Agrarier machen gegen die Vorlage eines Reichs-Fleischbeschaugesetzes mit Pauken und Trompeten mobil. Durch die gesamte agrarisch-konservative Presse gellt das Wutgeschrei „unannehmbar", aber selbst das genügt nicht, um den agrarischen Mutwillen zu stillen, und die erzürnte Bestie fordert grimmig, daß als Sühne für die unerhörte That einige Ministerialsessel umgeworfen werden. Weshalb denn dieses? Was ist geschehen?

Als vor wenigen Wochen die ersten offiziösen Mitteilungen über das projektierte Fleischbeschaugesetz in die Oeffentlichkeit drangen, da war die Aufnahme eine gerade umgekehrte: die Agrarier jubelten und die Fleischwaren-Importeure thaten sehr beunruhigt. Ist nun anzunehmen, daß während dieser kurzen Frist der Entwurf total umgeändert wurde, und ist wirklich der deutschen Regierung zuzutrauen, daß sie den Agrariern offen trotzt! Nichts von alledem.

Der Wunsch der Agrarier ist es bekanntlich, durch das Fleischbeschaugesetz die ausländische Fleischzufuhr unmöglich zu machen. Denn durch diese Zufuhr vom Auslande wird das agrarische Monopol des Volksaushungerns erheblich geschädigt. Im Jahre 1898 wurden nach Deutschland 166 008 Doppelcentner Fleisch im Werte von 14,6 Millionen Mark eingeführt, 1898 bereits 835 903 Doppelcentner zum Preis von 69,7 Millionen Mark. Da es sich also zeigt, daß das Ausland wohl im stande ist, dieses wichtige Nahrungsmittel in erheblichen Quantitäten zu acceptablen Preisen zu liefern, so wäre es offenbare Pflicht jeder Regierung, die um das Wohl des Volkes besorgt ist, diese Zufuhr zu fördern. Aber daran denkt niemand, die Frage wird offen gelassen. Der Entwurf bestimmt, daß ausländisches Fleisch medizinisch untersucht werden soll, aber die Ausführung dieser Bestimmung im einzelnen bleibt der Entscheidung des Bundesrates überlassen; dem Bundesrat wird auch das Recht zuerteilt, in besonderen Fällen, die Importware von der Untersuchnng zu befreien und umgekehrt die Einfuhr gänzlich zu verbieten. Dem Bundesrat ist so in Bezug auf das Ausland vollkommen freie Hand gelassen. Aber die Agrarier möchten ein völliges Verbot der Fleischeinfuhr haben oder Maßregeln, welche diesem gleichwertig sind. Soweit konnte die Regierung schon aus Rücksicht auf das „auswärtige Amt", wie die Agrarier richtig vermuten, nicht gehen. Dies der eine Grund des agrarischen Verdrusses.

Das Geschimpfe der Agrarier über das Ausland ist aber diesmal zu einem großen Teil erheuchelt. Wegen der erwähnten vagen Bestimmungen, die dem Bundesrat gestatten, bei der Einfuhr von Fleisch, welches „nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung erhebliche Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß nicht bietet", die Untersuchung ganz zu unterlassen oder einzuschränken (z. B. daß von Konservenbüchsen nur Stichproben genommen werden) und wegen der Freilassung des Verkehrs der Grenzbewohner, dessen Kontrolle selbst beim besten agrarischen Willen ein Ding der Unmöglichkeit ist, wäre die Vorlage für die Agrarier noch bei weitem nicht „unannehmbar". Denn vom Bundesrat haben die Agrarier noch immer sogar mehr erreichen können, als selbst vom Reichstag.

Aber das projektierte Fleischbeschaugesetz hat für die Agrarier noch einen ganz anderen Haken.

Die Regierung hat nämlich die Unvorsichtigkeit begangen, bei dessen Abfassung das Reichsgesundheits-Amt zu Rate zu ziehen, und dieses konnte nicht umhin, mit dem Schutze des konsumierenden Volkes vor Genuß von verdorbenem Fleisch, auch wenn es gut deutscher Abstammung ist, gewissermaßen Ernst zu machen. Das ist es, was die Agrarier über alle Maßen kränkt. Es handelt sich um die sogenannte Vorbeschau. Die Vorlage bestimmt, daß das Vieh, unbeschadet der Untersuchung nach der Schlachtung, auch schon vor der Schlachtung untersucht werde. Diese Vorbeschau am lebenden Tiere ist im Sinne einer zweckmäßigen Fleischkontrolle durchaus notwendig, weil es gewisse Krankheitsmerkmale giebt, die am toten Tiere nicht mehr in gleichem Maße wahrgenommen werden können. Es heißt in der Begründung des Entwurfs: „Die Lebendbeschau giebt Anhaltspunkte dafür, worauf bei der nachfolgenden Besichtigung des geschlachteten Tieres besondere Aufmerksamkeit zu verwenden sein wird; sie erleichtert das Verständnis des Befundes am geschlachteten Tiere, sowie die Entscheidung über die Genußtauglichkeit des Fleisches." Das paßt aber den Agrariern nicht und die Kreuz-Zeitung erklärt im Namen des Schlachtviehs: „Gleiches Recht für Alle!" Nämlich, da man die amerikanischen Schinken und Speck nicht mehr zu einem lebendigen Schwein vereinigen kann, so ergiebt sich aus dieser Forderung der viehischen Gleichberechtigung, daß auch beim deutsch-agrarischen Vieh die Lebendbeschau unterlassen werden soll. Nun ist zu berücksichtigen, daß für das Hausschlachten die Lebendbeschau von vornherein unterlassen wird, so daß von irgend welchen besonderen Schikanierungen der Landwirte gar nicht die Rede sein kann.

Aber anderes steht im Spiele.

Bis jetzt war es eine löbliche Gepflogenheit der biederen Herren Landwirte, wenn sie merkten, daß ein Tier erkrankte, dieses schleunigst, unter **Verheimlichung der Krankheit**, schlachten zu lassen bezw. an den Metzger zu verkaufen. Auf diese Weise erhielten sie das Geld, und das war auch ihr Hausmittel, die Ansteckungsgefahr für den übrigen Viehstand zu vermeiden bezw. vielmehr, es zu verheimlichen, daß ihr Viehstand durchseucht ist. Die daraus entspringende Vergiftung des Publikums zählte nicht mit. Bei der obligatorischen Vorbeschau wird aber die Sache anders. Wenn der Landwirt die Krankheit am Vieh bemerkt, so merkt es der Tierarzt erst recht. Der Metzger, der früher ein Auge oder sogar beide zudrückte, wird jetzt, da er weiß, daß der Fleischbeschauer gewarnt ist, sich sehr wohl in Acht nehmen, und die Aussichten, durchseuchtetes Fleisch los zu werden, vermindern sich. Solange die Vorbeschau nicht eingeführt ist, verkauft der Landwirt sein Vieh an den Schlächter und macht sich aus dem Staube, weiter geht ihn die Sache nichts an; besteht aber die Vorbeschau, so wird der Schlächter selbstverständlich erst die Garantie des Fleischbeschauers haben wollen, bevor er den Preis zahlt und das Tier schlachtet — ein Betrug seitens des Landwirtes ist nicht mehr so leicht durchzuführen. Hinc lacrimae illae! Das sind die Wurzelnager des agrarischen Gemütes, die Milben, die sich in ihrem moralischem Fleisch einnisten!

Ganz naiv schreiben die Verfasser der Vorlage: „Durch die Fleischbeschau werden die Besitzer der Schlachttiere der Gefahr, genußuntaugliches Fleisch in den Verkehr zu bringen und deshalb belangt zu werden, überhoben." Ja, aber der agrarische Witz ist eben, genußuntaugliches Fleisch in den Verkehr zu bringen, ohne belangt zu werden. Ferner heißt es: „Die Vertuschung von Seuchenausbrüchen durch unkontrollierte Abschlachtung kranker Tiere wird durch sie wirksam verhütet." Um den materiellen Schäden entgegenzuwirken, empfiehlt die Vorlage Viehversicherung. Doch die Herren Agrarier denken: wozu denn die Versicherungsprämie zahlen, so lange man das verseuchte Fleisch sich vom Volk teuer bezahlen lassen kann? Und aus allen diesen Gründen erklären sie das Fleischbeschaugesetz für unannehmbar.

Selten ist politische Heuchelei und Perfidie schärfer zu tage getreten als jetzt in der Stellungnahme der Agrarier zum Fleischbeschaugesetz.

Was sind ihre Grundsätze?

Die Agrarier halten es für ihre patriotische Pflicht, dem Volke das billige ausländische Fleisch, und wenn es auch kerngesund wäre, vorzuenthalten, und sie halten es für die patriotische Pflicht des Volkes, das Fleisch heimischer Ochsen und Schweine, selbst wenn es durchseucht und verdorben ist, mit einem teureren Preise zu bezahlen.

Das Volk soll wenig und schlechtes Fleisch essen, und wenn es daran mager und arm wird, so werden die Agrarier fett und reich. —

Soziales.

Ueber die Weberbewegung in Krefeld berichtet die Freie Presse: Am Montag früh sollte eine ganze Ladung Lehrlinge für die Sammetwebereien ankommen, welche die Direktoren und Meister der verschiedenen Fabriken in der Umgegend angeworben hatten. 25 Mark Wochenlohn hatten denselben einige Fabrikanten versprochen. Polizeibeamte waren in größerer Anzahl an den verschiedenen Fabriken postiert, um die „Arbeitswilligen" zu schützen. Vergebene Liebesmühe. Kein einziger ließ sich blicken. Wenn die Herren Fabrikanten Ware gemacht haben wollen, werden sie entweder endlich ihren Trotzkopf beugen und den Arbeitern entgegenkommen, oder mit ihren Frauen und Töchtern selbst in den Fabriksaal einziehen müssen. — Die Soziale Kommission hielt am 3. März eine Sitzung ab. Von den beiden Parteien war keine erschienen. Die Soziale Kommission beschloß, ihre Ausgleichsversuche dennoch fortzusetzen und getrennt mit den Parteien zu verhandeln. Die Fabrikanten begehen die Albernheit, von den 13 Fabrik-Delegierten der Arbeiter die Löhne zu veröffentlichen, welche dieselben in der Zeit vom 1. Dezember 1897 bis 1. Dezember 1898 verdient haben. Nach ihrer Berechnung kommt ein Durchschnittsverdienst von 24,75 Mark heraus. Das Gewerkschafts-Kartell antwortet darauf sehr zutreffend, daß selbst im Falle diese Berechnung richtig sei, dies garnichts beweise, denn es ist doch selbstverständlich, daß sich die Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen die intelligentesten aus ihren Reihen aussuchen und daß diese auch in Bezug auf ihre Arbeitsleistungen über den Durchschnitt hinausragen und demzufolge auch höhere Durchschnittsverdienste erzielen. Mögen die Fabrikanten die Löhne aller Arbeiter richtig veröffentlichen, so sind die Streikenden gerne damit einverstanden. Die Fabrikanten können es aber nicht begreifen, daß besser gestellte Arbeiter für ihre minder gut gestellten Kollegen eintreten, sie kennen nur den selbstsüchtigen kapitalistischen Geist. Diese Solidarität der Arbeiter kann den Fabrikanten noch viel zu schaffen machen, wenn letztere nicht bald zur Vernunft kommen. Im übrigen muß immer wieder gesagt werden, daß auch diejenigen Arbeiter, welche noch nicht am Hungertuche nagen, es nicht nötig haben, sich eine Lohnreduktion gefallen zu lassen, weil dies nun gerade die Fabrikanten wünschen. —

Die Frage: „An welchen Tagen ereignen sich die meisten Unfälle" wird in dem Bericht der bayerischen Gewerbeinspektion eingehend beantwortet. Der Berichterstatter für das bayerische Schwaben deckt sie in knappen Worten auf: Seit Jahren hat er die Beobachtung gemacht, daß die bekannte Thatsache aufs genaueste zutrifft — die meisten Unfälle ereignen sich gegen Ende der Arbeitswoche; für das Berichtsjahr teilt er folgende Zahlen mit: es kamen Unfälle vor

am Montag	201	am Freitag	213
„ Dienstag	181	„ Sonnabend	224
„ Mittwoch	161	„ Sonntag	11
„ Donnerstag	187	Unbestimmt	32

Daraus folgt klipp und klar: Die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft führt eine Abspannung herbei, ein Ermüden des Nervensystems, welches den Arbeiter unfähig macht, auf dem Baugerüste, an der Maschine die Aufmerksamkeit zu wahren, welche notwendig ist, wenn er sich vor Schaden bewahren will. Unumgänglich notwendig ist daher schon aus diesem Grunde eine Herabsetzung der Arbeitszeit. Wo aber ist der Faktor zu suchen, der dies zu Wege bringt? Die amtlichen Berichte, die uns beschäftigen, geben abermals die Antwort mit wünschenswerter Deutlichkeit: Das Berichtsjahr war abermals ein Jahr günstiger Konjunktur und dies äußert sich darin, daß die Unternehmer einen wahren Heißhunger nach Ueberstundenarbeit an den Tag legen. Sie setzen sich über die Einschränkung der Frauenarbeit und Kinderarbeit hinweg (die Zahl der festgestellten Verstöße beträgt 1561); sie widersetzen sich hartnäckig den Verordnungen, die sich auf gewisse Gewerbe beziehen — in Oberbayern allein wurden 41 Bäckermeister wegen Uebertretung der Verordnung bestraft; sie unterstehen sich, die Heizer und Maschinisten, die eine verantwortungsvolle Stelle einnehmen, zu einer 24-, ja 36stündigen Arbeitszeit bei den Wechselschichten zu zwingen. So steht die Sache nach den amtlichen Berichten; da aber die Inspektion immer noch eine durchaus mangelhafte ist — von den der Inspektion unterstellten Fabriken konnten nur 50,9 Proz. inspiziert werden, von den Handwerksbetrieben nur 5 Proz. — so kommt nur ein geringer Prozentsatz der Uebertretungen zur Kenntnis der Beamten. Die Beamten sind also machtlos, sie können selbst die Einhaltung der Gesetzesvorschriften nicht erzwingen. Wo aber bisher keine gesetzlichen Bestimmungen bestehen, und das ist ja der Fall in Bezug auf die große Masse der erwachsenen Arbeiter, da wird die Arbeitszeit ausgedehnt bis zum Exceß. Nur eine Macht giebt es, die hier Wandel schaffen kann und Wandel schafft — das ist die Macht der Arbeiterorganisationen.

Unternehmergewinne. Brüsseler Bank 8 Prozent (im Vorjahre 7 Prozent). Rigibahn (Vitznau-Rigi) wieder 8 Prozent. Essener Bergwerk-Verein König Wilhelm Aktien 15 Prozent, Stamm-Prioritäten 20 Prozent (beides wie im Vorjahr), bei 150 000 Mark Rücklage für Berieselung und 100 000 Mark (200 000 Mark) Bergschädenrücklage. Ilseder Hütte 62⅔ Prozent (im Vorjahre 54⅔ Prozent. Lokomotivfabrik und Eisengießerei Lilpop, Rau u. Löwenstein in Warschau 30 Prozent. Die Leipziger Wollkämmerei kann die Unterbilanz von 595 420 Mark tilgen und 58 890 Mark Restgewinn auf neue Rechnung vortragen. Aluminium-Industrie wieder 12 Prozent. Deutsch-Oesterreichische Bergwerksgesellschaft 7½ Prozent (im Vorjahre 7 Prozent) bei 63 036 Mark (im Vorjahre 59 087 Mark) Rücklage und 128 898 Mark (im Vorjahre 125 976 Mark) Vortrag. Geraer Jutespinnerei zu Triebes Stamm-Proritäten Lit. A 24 Prozent, Lit. B 18 Prozent. —

Der Bauarbeiterschutz-Kongreß

der am 20. und 21. März in Berlin tagt, dürfte sich in erster Linie zu einer imposanten Demonstration der deutschen Bauarbeiter gegen die ungeheuerlichen und zahllosen Mißstände auf den Bauten ausgestalten. Es gilt, einmal in einer großen öffentlichen Verhandlung alles zusammenzufassen und in die Welt hinauszuschleudern, was bereits durch Dutzende von Untersuchungen, Enqueten und Schriften seit Jahrzehnten bekannt und in der letzten Zeit bis ins einzelnste belegt ist, aber einmal in gedrängter Darstellung als wuchtige Anklage der Bauarbeiter gegen die heutige Gesellschaft mit flammenden Lettern an die Wände der Hauptstadt des Reiches der Sozialreform unter der Zustimmung der Auserwählten der Bauarbeiterschaft geschrieben werden muß.

Und diese Anklage wird wirken, dessen sind wir sicher!

Aber der Bauarbeiterschutz-Kongreß hat nicht bloß diese demonstrative Bedeutung, sondern vor allem auch die Aufgabe, Mittel zur Abhilfe zu finden und zu bezeichnen, und zwar energische, auch dem letzten Bauarbeiter verständliche Mittel, deren Feststellung und Vertretung schon für die Bauarbeitersache agitiert und wirkt. Das ist der sehr wichtige andere Teil der Geschäfte des Kongresses, der nicht geringe Zeit und nicht geringe Arbeit kosten wird. Deshalb halten es die Gewerkschaftsblätter für rätlich, die Demonstration gegen die Mißstände nicht durch vielfach sich wiederholende Klagen der Delegierten zu weit auszudehnen und in ihren Wirkungen abzuschwächen, sondern sie in ein zündendes Referat, das alles Wesentliche kurz und energisch sagt, sowie in eine scharfe Resolution von markiger Sprache zusammenzufassen, die in großen und kräftigen Zügen das ganze Elend im Bauwesen geißelt und als Denkmal der Schande für die herrschende Gesellschaft immer wieder citiert werden wird. Geschieht dies in der hier ausgedrückten Weise, so kann die Demonstration am Mittag des ersten Kongreßtages abgeschlossen sein, so daß die übrigen 1½ Tage für die wichtigen Verhandlungen über Mittel und Wege bleiben. Es wäre deshalb gut, die Tagesordnung derart zu präcisieren, daß sie die Schilderung der Mißstände (Bauschwindel, Submissionswesen, Unfallgefahr, Gesundheitsschäden, Lohnzahlung usw.) genau trennt von der Aufstellung der Forderungen zur Abhilfe. —

Aus der Parteibewegung.

Eine Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter des Wahlkreises Offenbach-Dieburg tagte am Sonntag in Offenbach. Die von 75 Vertretern aus 24 Orte

schaften besuchte Konferenz führte zu einer gründlichen Besprechung über die Haltung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter gegenüber den vielfachen Spezialfragen, die in der Gemeindeverwaltung an sie herantreten und denen gegenüber die Bewahrung des prinzipiellen Standpunktes nicht immer so einfach ist. Es sei hervorgehoben, daß man allseitig bemüht war, für eine Klärung der verschiedenen Fragen vom Standpunkte des Sozialismus zu sorgen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. —

Zu der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie beginnen die Parteigenossen Sachsens allmählich Stellung zu nehmen. Die Konferenz wird insofern von besonderer Wichtigkeit sein, als sie abermals Stellung zu nehmen hat zur Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen und sodann zur Organisationsfrage, die aufgerollt worden ist durch Aufhebung des Verbindungsverbots. Auf Grund eines Auftrages der vorjährigen Landesversammlung hat deshalb auch das Centralkomitee den Entwurf zu einer Landesorganisation der öffentlichen Besprechung unterbreitet und wird ihn der Landesversammlung vorlegen. —

Unser Parteiblatt in Braunschweig, der Volksfreund, kündigt eine Erweiterung des Blattes an. Es wird während der Dauer der Reichstagssession eine besondere Beilage gegeben. Das Blatt teilt mit, daß es die Möglichkeit zu dieser Erweiterung „den stabilen und geordneten Preßverhältnissen der letzten Zeit" verdankt. Bravo!

Totenliste der Partei. In Dessau beerdigten unsere Freunde am Sonntag einen Parteigenossen, den Arbeiter August Bär, der manchem von den älteren Parteigenossen auch außerhalb Dessaus wohl bekannt sein dürfte. Bär war es, der unserem Genossen Hasenclever, als dieser unterm Sozialistengesetze ausgewiesen worden war, in seinem Hause ein Asyl gewährte. In seinem Hause kamen dann oft viele unserer alten Parteigenossen zusammen zu ernsten Diskussionen über die Zukunft der Partei. Bär war noch nicht 49 Jahre alt. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie. Die Parteigenossen werden ihm ein gutes Andenken bewahren. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Genosse Rakutt in Königsberg, der dieser Tage erst aus dem Gefängnis entlassen wurde, hat noch am Tage vor seiner Entlassung abermals eine Vernehmung gehabt, weil er einen Gendarmen beleidigt haben soll, der einige Genossen in der Verbreitung von Agitationskalendern behindert hatte. —

Die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Amerika.

Dem Hamburger Echo wird aus Newyork geschrieben: Da in diesem Jahr die Nationalkonvention der Sozialistischen Arbeiterpartei stattfindet, so ist es von besonderem Interesse, die Stellungnahme der einzelnen Staatskonventionen der Partei zu den wichtigsten der Fragen zu verfolgen, welche auf ersterer zur Verhandlung kommen werden. Es handelt sich da in erster Linie um die auf der Nationalkonvention von 1896 durch Indossierung der „Sozialist Trade u. Labor Alliance" eingeschlagene Taktik in Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung, gegen welche Taktik von Anfang an eine Opposition stattgefunden hat, so daß es zur absoluten Notwendigkeit geworden ist, daß auf der bevorstehenden Konvention das Für und Wider in umfassendster Weise erörtert und definitive Stellung genommen wird.

Es hat nun dieser Tage die erste der diesjährigen Staatskonventionen stattgefunden, und zwar in New-Jersey. Auf derselben lagen zwei von einer Branche der Sektion Jersey City Hight, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit Gegner der Parteitaktik sind (auch bezüglich derjenigen gegenüber der Debs'schen S. D. of A.) gestellte Resolutionen vor, deren eine diese Taktik, sowie deren Unterstützung durch die Parteipresse kritisierte, während in der anderen die Alliance angegriffen wird. Die erstere Resolution wurde ohne Diskussion auf den Tisch gelegt und statt deren eine andere beschlossen, welche im Gegenteil die Anerkennung für beides ausdrückte. Ueber die zweite Vorlage entstand eine längere Debatte, in welcher besonders Genosse Maguire aus Paterson (unser früherer dortiger Alderman, welcher bei der vorigen Wahl den vereinigten Demokraten und Republikanern unterlag) für die Alliance eintrat; außerdem beteiligten sich noch zwei andere anglo-amerikanische Genossen (Butterworth und Carleß), sowie drei Deutsche (Gilliar, Wagenlehner und Glanz) an der Diskussion, doch ist in dem betreffenden Bericht nicht gesagt, welche Stellung diese Fünf eingenommen haben. Das schließliche Resultat war die Ablehnung auch dieser Resolution. Ferner ist noch in Bezug auf diese Angelegenheit anzuführen, daß ein Antrag des Staatskomitees (der von den Sektionen des betreffenden Staates durch Urabstimmung gewählten Exekutivbehörde) Annahme fand, dahin gehend, daß die Distrikt-Alliance Nr. 4 (welche ihren Sitz in Newark hat) das Recht haben soll, einen Vertreter mit beratender Stimme in dieses Komitee zu entsenden.

Damit hätte also auf der ersten der diesjährigen Staatskonventionen der Partei die Opposition (welche sich zudem grade im Staate New-Jersey resp. an einzelnen Orten desselben besonders bemerkbar machte) eine Niederlage erlitten. Bezüglich ihrer Aussichten auf der National-Konvention ist übrigens auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der es als vollständig ausgeschlossen erscheinen läßt, daß dieselbe eine andere Stellung einnehmen könnte. Es bilden nämlich heute die anglo-amerikanischen Partei-Sektionen die große Mehrzahl, und bis zur Konvention (resp. dem Termin, bis zu welchem neue Sektionen zur Teilnahme an derselben berechtigt sind) dürften es dieselben zu einer Zweidrittel-Majorität gebracht haben. Diese Sektionen aber sind zum größten Teil seit der vorigen Partei-Konvention durch die Thätigkeit der anglo-amerikanischen Agitatoren ins Leben gerufen worden, welche mit ganz vereinzelten Ausnahmen zur Alliance stehen. Die in diesen Sektionen befindlichen Genossen haben in dem englischen Parteiorgan The People ein Blatt, welches die Alliance (deren offizielles Organ es ebenfalls ist) in der energischsten Weise vertritt, was ebenso von den englischen Lokalblättern (Class-Struggle in San Francisco, The Toesin in Minneapolis und Justice in Richmond, Va.) zu sagen ist. Es kann also nicht angenommen werden, daß die anglo-amerikanischen Genossen den „besonderen Umständen" Rechnung tragen werden, welche einen großen Teil speziell der alten deutschen Genossen an die „pure and simple"-Unions fesseln. Dessen sind sich die einsichtigeren dieser Genossen auch wohl bewußt. Schloß doch neulich Genosse A. Jonas einen Vortrag über die alte Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit den Worten: „Im übrigen ist es das Schicksal aller mit Begeisterung Strebenden, daß die Nachwelt sie nur mit dem kühlen Verstande der Epigonen beurteilt, wie es nach den Worten des Dichters heißt: „Denn es werden die Geschlechter, Die auf seinen Siegen steh'n, Ungerührt im wunden Fechter Nur ein prächtig Schauspiel seh'n." —

Gemeinde-Zeitung.

Unter dem Titel „Der Herr Minister hat das Wort" lesen wir in der Berliner Volkszeitung: Die berühmte Schulrede des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Hammerstein zeigt, daß, wenn ein Minister das Wort hat, nicht immer Behauptungen aufgestellt werden, die unangefochten bleiben könnten. In jener Rede erzählte Herr von Hammerstein, daß jetzt die Handarbeitslehrerinnen den kleinen Schulmädchen Stickereien, Häkeleien usw. beibrächten, während früher eine Frau aus der Ortschaft die Kinder im Flicken und Strümpfestopfen unterwies.

Wenn der Landwirtschaftsminister hier Handarbeitslehrerinnen den „Frauen aus der Ortschaft" gegenüberstellt unter Hinweis auf ihre erhöhten Leistungen, so muß man annehmen, Herr von Hammerstein habe dabei von examinierten Lehrerinnen gesprochen.

Was sagt die Schulstatistik über das von Herrn von Hammerstein „angeschnittene" Kapitel?

Sie stellt fest, daß im Jahre 1896 in sämtlichen preußischen Schulen von 37 662 „Handarbeitslehrerinnen" nur 7404, also 20 Prozent eine Prüfung abgelegt hatten, und diese 20 Prozent entfallen zumeist auf die Städte. Auf dem Lande hatten von 31 677 Handarbeitslehrerinnen nur 3920, also etwa 12 Prozent, eine Prüfung abgelegt, und davon entfällt wieder der größte Teil auf die westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen.

Wie sieht es dagegen in den Gefilden Ostelbiens aus?

In den Landschulen der Provinz Pommern gab es 3 — sage und schreibe drei geprüfte, dagegen 2878 ungeprüfte Handarbeitslehrerinnen, in Ostpreußen 11 geprüfte und 2847 ungeprüfte. Aehnlich sind die Zahlen aus Westpreußen, Posen, Brandenburg und Sachsen. Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß auch die sogenannten „Geprüften" oft genug Frauen aus der Ortschaft sind, welche vor dem Kreisschulinspektor einige Proben ihrer Geschicklichkeit abgelegt, also nicht etwa das vorgeschriebene Handarbeitsexamen gemacht haben.

Daß diese bei all' ihrem Pflichteifer den Dorfmädchen nicht ein Uebermaß von Handarbeitsfertigkeiten und landwirtschafts-feindlichen Künsten auf diesem Gebiete beibringen werden, darüber darf sich wohl jeder der Konservativen beruhigen, die Herrn von Hammerstein wegen dieser seiner Ausführungen demonstrativ zugestimmt haben!

Daß nur „Frauen aus der Ortschaft" als Nebenbeschäftigung den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten erteilen konnten, geht auch aus den großartigen Besoldungen hervor, welche diesen Lehrerinnen gewährt wurden. Die sämtlichen 2858 Handarbeitslehrerinnen, welche an den ländlichen Schulen Ostpreußens unterrichteten, erhielten in Summa ein Jahresgehalt von 101 498 Mark, das macht pro Kopf 35,50 Mark jährlich. Die pommerschen Agrarier bezahlen schon besser, hier beträgt das jährliche Durchschnittseinkommen einer Lehrerin 40 Mark und in Westpreußen steigt es sogar auf die unerhörte Höhe von 48 Mark jährlich.

Wir halten es nach alledem mit Herrn Ministerialdirektor Kügler, welcher in berechtigter Abwehr der Schulrede des Landwirtschaftsministers erklärt hat, es werde in den ländlichen Schulen nur das allernotwendigste gelehrt. In Punkto Handarbeit huldigen wir sogar der Ansicht, daß auch das allernotwendigste noch nicht einmal überall von den Schülerinnen gelernt wird. —

„Unersättliche Lehrer."

Mehrere tausend österreichische Lehrer waren am Sonntag im Etablissement Ronacher in Wien versammelt, um für die Besserstellung ihrer sozialen Lage zu agitieren.

Der Referent, Bürgerschullehrer Jordan, wies eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß die Einladung zum Besuch dieser Versammlung in vielen Fällen gleichbedeutend gewesen sei mit der Zumutung eines großen materiellen Opfers. Daß trotzdem so viele Lehrer aus der Provinz erschienen seien, beweise am besten, wie unerträglich, zum Protest herausfordernd die materielle Situation der Lehrerschaft sei. Wie viele Lehrer giebt es denn, die nicht verschuldet sind? Und wenn es einer nicht ist, so nicht deswegen, weil er Lehrer ist, sondern weil er in der Wahl seiner Eltern oder Schwiegereltern vorsichtig war.

Seit dreißig Jahren befaßt man sich mit der Regulierung der Lehrergehälter. Vor dem Jahre 1870 lebten die Lehrer des Volkes. Die Gehaltsregulierung hinkte den Forderungen der Lehrerschaft immer nach. Wenn eine Forderung der Lehrer bewilligt wird, haben sich die Verhältnisse immer schon so sehr geändert, daß die Lehrer von der Verwirklichung ihrer Wünsche nichts mehr haben und neue Forderungen stellen müssen. Dann heißen sie bei den Schulfeinden die „unersättlichen Lehrer" oder auch „dieses Bettelvolk".

Die ökonomische Situation der Lehrer ist eine unw
dige, aber es wird das noch nicht allgemein empfunden, n
man die Arbeit, die die Lehrer leisten, noch nicht zu würdi
weiß. Man will noch immer nicht einsehen, daß in
Schulverhältnissen eines Landes sich die Kultur dieses Lan
ausdrückt. Den Grad der Kultur eines Volkes kann m
am besten an der Zahl seiner Analphabeten messen.
Lehrerfrage ist darum eine Kulturfrage. Daß das n
nicht allgemein anerkannt ist, ist nicht die Schuld der Leh
Sie haben ihre Pflicht gethan, aber andere haben die Frü
ihrer Arbeit zerstört. (Stürmischer Beifall.)

Welche Klasse der Bevölkerung steht auf Seite
Lehrer? Weder der Adel, noch die Bauer
noch der Gewerbestand, **sondern einzig u
allein die Arbeiter.** Sie allein schreien nach Bildu
Dieser Ruf nach Bildung muß auch aus den anderen Ständ
kommen, auch aus dem Bauernstand, aus dem Gewerbe- u
Beamtenstand. Das Jahrhundert der Lehr
wird noch kommen, denn der Kampf d
Zukunft wird **mit den geistigen Waffen g
kämpft werden,** die dem Volke in der Schu
geliefert werden. (Stürmischer Beifall.)

Man verweist immer auf den Nebenverdienst der Lehre
auf die Privatlektionen, auf die Organistendienste, die 12
jährlich tragen, und dergleichen mehr. Man vergißt, d
auch die Beamten Nebenverdienste haben und trotzdem ei
Gehaltsregulierung bekommen mußten. Man vergißt, w
demoralisierend dieser unsichere Nebenverdienst wirken mu
Die Avancementverhältnisse sind skandalös. Wie die Din
heute liegen, ist der Lehrer vor die Wahl zwischen Manne
würde und Korruption gestellt. Ist eine ökonomische Lag
wie die der Lehrerschaft schon an und für sich unerträglic
so wird sie es noch ganz besonders durch die besondere
Verhältnisse der Lehrerschaft, die unvermeidlichen Auslage
für Repräsentation, für Bücher und dergleichen. Daz
gesellt sich bei den Landlehrern die Schwierigkeit, ihre Kinde
etwas ordentliches lernen zu lassen. Sie müssen in di
Klöster betteln gehen, damit sie ihre Kinder als Sängerknabe
unterbringen oder einen Freiplatz für sie bekommen können

In Volke herrscht noch vielfach die Vorstellung, daß
die Lehrer von Almosen leben. Es ist noch immer die Er
innerung an die Zeit lebendig, da die Lehrer auf dem Lande
von Haus zu Haus gingen, um Eier und ähnliche milde
Gaben einzusammeln, und die Lehrer in der Stadt Neujahrs-
und Weihnachtsgeschenke bekamen. Und so glaubt man noch
immer, daß den Lehrern das Betteln angeboren ist. Gewisse
Leute verweisen die Lehrer immer darauf, daß ihre
Forderungen nicht erfüllt werden können, weil das Volk die
Kosten tragen muß. Ja, will man uns denn ein-
reden, daß es irgend etwas giebt, was
nicht das Volk bezahlt. **Das Volk bezahlt
alles. Denn wer nicht arbeitet, der schafft keine
Werte.** (Minutenlanger stürmischer Beifall.)

Wir sind neugierig, mit welchen Gründen man jetzt
unsere Forderungen abweisen wird, ob man zugeben wird,
daß es nur aus politischen Gründen geschieht. Denn es ist
klar, daß die Herren nicht wirklich glauben, daß ein dreizehn-
jähriger Schulbub einen verschuldeten Bauer retten kann.
(Beifallssturm.) Wir wissen, daß wir nur durch Kampf
zum Sieg kommen können, und wir sind zu diesem Kampfe
bereit. (Tosender Beifall.) —

Kleine Chronik.

In der zahnärztlichen Abteilung der chirurgischen Universitätsklinik in Leipzig ist vor einigen Tagen eine junge Amerikanerin nach dem Erwachen aus der Narkose gestorben. Die Zahnoperation ging gut von statten, und die Narkose währte nur [illegible] Minute; nachdem erwachte die Patientin, verfiel aber, wie der Leiter des Instituts, Professor Dr. Friedrich, vorgiebt, sofort in eine Ohnmacht, aus der sie nicht wieder erwachte. Nach näherer Untersuchung fand man, daß die Verstorbene Morphinistin gewesen ist. Der Fall erregt großes Aufsehen. —

Ein heimkehrendes Fischerboot mit vier Personen kenterte während einer heftigen Boe vor der neuen Dievenowmündung, ca. 100 Meter östlich vom Molenkopfe. Die Insassen, die Fischer Julius Rüschel, dessen Sohn Johannes, der Gemeindevorsteher Daniel Luck, sowie dessen Stieftochter Minna Schmiedeberg sind ertrunken. —

Der Expreßzug Nizza-Wien lief bei der Station Cercali infolge falscher Weichenstellung in einen leeren Güterzug, der vollständig zertrümmert wurde; trotz der starken Besetzung des Expreßzuges wurde niemand ernstlich verletzt. —

Die Zahl der bei der Katastrophe in Lagoubran bei Toulon Verunglückten stellt sich nach den neuesten Meldungen auf 58 Tote und 130 Verwundete. Neuerdings ist das Gerücht verbreitet, die Explosion sei durch Verbrecherhand herbeigeführt worden, im Schutte sei eine 1½ Meter lange Lunte gefunden worden. Der Marineminister Lockroy erklärte auf Befragen, die Annahme, die Explosion sei durch Selbstentzündung entstanden, sei unzulässig. Andererseits wird vermutet, ein Stein habe sich vom Dache abgelöst, sei auf eine Pulverkiste gestürzt und habe die Explosion herbeigeführt. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Hilfsweichensteller Wilhelm Dame zu Genthin, geb. 7. März 1869, wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Der Schneidermeister Julius Grützbach und seine Ehefrau Bertha hier lebten seit längerer Zeit mit der Hausgenossin, Gesindevermieterin Witwe Friederike Göllner, geb. Krüger, in Unfrieden, weil derselben öfter die an der Stubenthür ausgehängte Schiefertafel, auf der Kunden Bestellungen geschrieben hatten, ausgelöscht und beschmiert war und sie die Eheleute Grützbach in Verdacht hatte, diese spielten ihr den Schabernack. Am 22. Dezember v. Js., abends, kam es dieserhalb wieder zu Streitigkeiten. Frau Göllner schimpfte und soll dabei den Mann mit der Schiefertafel ins Gesicht geschlagen haben, während Frau Grützbach die Frau Göllner mit der Hand auf den Kopf und der Ehemann Grützbach sie mit der Faust auf die Lippen geschlagen haben soll. Ferner soll er sie in ihre Wohnung geschuppt und dann die Korridorthür auf einige Minuten abgeschlossen haben. Auf Grund der Verhandlung verurteilte der Gerichtshof den Ehemann Grützbach wegen Körperverletzung zu 60 Mark

Geldstrafe und wegen Freiheitsberaubung zu 2 Tagen Gefängnis. Frau Göllner wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung zu 40 Mark Geldstrafe. Frau Grützbach wurde von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen.

Der Schiffslootse Gustav Stephan hier, geb. 1862, wurde wegen Beihilfe zur Pfandentziehung mit 50 Mark Geldstrafe belegt. —

Der vielmals bestrafte Arbeiter August Jahr zu Behlitz, geb. 1856, stahl seinem Schlafgenossen am 26. Oktober 1898 mehrere Kleidungsstücke und reiste dann heimlich ab. Den Angeklagten trafen wegen Diebstahls zusätzlich 4 Monate Gefängnis. —

Schöffengericht Magdeburg.

Der Friseur Karl Lochmann, wohnhaft Breiteweg 268, hatte am 1. Dezember 1898 einen schwächlichen 14½ Jahre alten Lehrling, der öfter Ohrfeigen bekam, weil er schlecht Staub wischte, einige Minuten zu spät kam und sich nach Angabe des Prinzipals auch verantwortete. Die Ohrfeigen waren einmal derart, daß der Kopf des Knaben dick anschwoll. Am 28. Januar d. J. beging der Lehrling wieder mehrere kleine Versehen und erhält jedesmal eine furchtbare Tracht Prügel, zusammen zu 5 Malen etwa 50—60 Hiebe mit einem Stocke. Der Vater des Mißhandelten ließ denselben ärztlich untersuchen und nach Bekunden des Arztes war der Anblick des Knabenkörpers derart erschreckend, wie ihn der Doktor noch nie gesehen hatte. **Der hintere Teil war blutunterlaufen und mit Striemen bedeckt.** Der Verletzte konnte nur mit großen Schmerzen liegen und sitzen. Der Angeklagte behauptet, er sei in seinem Recht und habe sein ihm gesetzlich zustehendes Züchtigungsrecht nicht überschritten. Der Gerichtshof nahm aber an, daß dies Recht weit überschritten sei und erkannte auf 50 Mark Geldstrafe. —

Der Metzger Georg Michel war Rädelsführer einer **Ausschreitung,** die vor einiger Zeit in einer Wirtschaft zu Wezendorf stattgefunden hatte. Dabei hatte Michel ohne jeglichen Grund mit einem eisernen Gartenstuhl derart auf den Sohn des Wirtes eingeschlagen, daß sich von dessen Schädelknochensplitter lösten. Als Gendarmerie und Schutzmannschaft erschienen war, leistete Michel außerdem energischen Widerstand. Das Nürnberger Landgericht verurteilte den Michel zu neun Monaten Gefängnis und **14 Tagen Haft.** —

Ein krasses Beispiel von **Kinderausbeutung** entrollte eine Verhandlung vor dem Gewerbegerichte in der frommen katholischen Stadt Aachen. Der Weber M. klagt für seine Kinder, von denen eines acht Jahre alt ist, gegen die Firma Briem wegen zurückgehaltenem Lohn. Der Sachverhalt ist folgender: Die Familie M. hatte sich von der Firma B. Haken und Oesen, sogenannten Taillenverschluß, zum Aufnähen geholt. Nach Angabe des M. hatte die Familie nun etwa 15000 Stück aufgenäht und es betrage der Verdienst hierfür **1,25** Mark. Wegen mangelhafter Arbeit wollte nun die Firma eine Mark abziehen, doch erhob hiergegen der Vater der Kinder Einspruch, indem er hinwies auf den geringen Lohn, wofür keine fehlerlose Arbeit zu liefern sei. Er führte noch weiter aus, daß an dieser Arbeit 72 Stunden gearbeitet worden sei. Von dem Vertreter der Firma wurde erwidert, daß diese Arbeit eben nur „Kinderarbeit" sei. Vorhanden sei die gelieferte Arbeit nicht mehr, sie sei schon nachgesehen von Arbeiterinnen, die, irren wir nicht, 80 Pfennig pro Tag bekämen. Der Arbeitslohn für diese Art Beschäftigung beträgt nach Angabe des Herrn Direktors für das Groß Verschlüsse 40 Pfennig. Nun hat aber ein Verschluß etwa 36 Oesen und Haken, macht also für ein Groß 36 mal 144 gleich 5284 Teile zum Aufheften für 40 Pfennig. In Anbetracht, daß die angeblich fehlerhafte Arbeit nicht mehr vorhanden, außerdem aber der Lohn für diese Arbeit ein so geringer war, daß eine fehlerfreie Arbeit ausgeschlossen, lautete das Urteil auf Zahlung des eingeklagten Verdienstes und die vom Kläger beantragte Entschädigung von 1,50 Mark für Zeitversäumnis. —

Eingesandt.

Fermersleben. Am Montag, den 27. Februar, tagte im neuen Schulhause eine Sitzung der hiesigen Gemeindevertreter. Obgleich die Punkte, welche zur Beratung standen, sehr wichtige waren, mußte der Herr Gemeindevorsteher die Sitzung doch zum zweiten Male einberufen, da dieselbe am 22. Februar nicht beschlußfähig war. Der neugegründete Lokal-Anzeiger erlaubt sich hierzu die Bemerkung zu machen, daß die Gemeindeverordneten zweimal eingeladen sein wollten. Wir glauben, daß das Blättchen Anschuldigungen erhebt, die gar nicht begründet sind. Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß der schlechte Besuch der Gemeinderatssitzungen einfach daran liegt, weil sie stets nachmittags und niemals abends stattfinden. Es ist auch schon einmal eine Beschwerde an den Herrn Landrat in dieser Angelegenheit geschickt worden; derselbe antwortete, dem Herrn Gemeindevorsteher bleibt es überlassen, die Sitzungen einzuberufen wann er will; sollten verschiedene Herren von der Vertretung ihrer Arbeitsverhältnisse halber nicht in der Lage sein, die Sitzungen zu besuchen, dann möchten diese ihr Amt niederlegen. Diesen Maßnahmen ist die Schuld zuzuschreiben, weshalb die Sitzungen bei der ersten Einberufung nicht beschlußfähig sind: wahr ist es, daß die Vertreter in dieser Weise dem Herrn Gemeindevorsteher kein Entgegenkommen zeigen, aber so wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus. Eine einzige Sitzung seit langer Zeit ist jetzt zum erstenmal beschlußfähig gewesen. Diese fand am Freitag, den 3. März statt, wo die Vertreter dem Rufe des Vorstehers gefolgt waren. Doch wäre es vielleicht besser gewesen, wenn dieselbe nicht beschlußfähig war. Es handelte sich nämlich bei dem einen Punkt darum, einen Beschluß herbeizuführen über die allbekannte Anger- und Ackerinteressentengeschichte. Es konnte aber kein Beschluß gefaßt werden, da die Landgemeindeordnung in § 108 folgendes besagt: An Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen der Gemeinde darf derjenige nicht teilnehmen, dessen Interesse mit dem der Gemeinde im Widerspruche steht. Kann wegen dieser Ausschließung ein gültiger Beschluß nicht gefaßt werden, so beschließt an Stelle der Gemeindevertretung der Kreisausschuß. — Dieses traf hier zu, acht Vertreter waren erschienen, 7 gehören dazu, um bei der erstmaligen Zusammenberufung einen Beschluß zu fassen. 5 davon sind Anger- und Ackerinteressenten, sie durften folgedessen nicht mitstimmen, die übrigen 3 waren also nicht beschlußfähig. Anders wäre es gewesen in der zweiten Sitzung; da heißt es im Gesetz § 106: Wird die Gemeindevertretung zum zweiten Male zusammenberufen zur Beratung über denselben Punkt, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Anzahl beschlußfähig. — Abzuwarten ist nun, was der Kreisausschuß in dieser Angelegenheit entscheiden wird. —

Karl Zühle.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die nächste Versammlung tagt am Sonnabend, den 11. März, abends 8 Uhr, im „Bürgerhause", Stephansbrücke 38. Kollege Wendlandt wird in derselben einen Vortrag über: Arbeitersekretariate und Arbeitsnachweise halten. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen aller Beteiligten wird dringend ersucht. —

Arbeiter-Bildungs-Verein Salbke und Umgegend. Sonntag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthof zum goldenen Engel zu Fermersleben ein humoristischer Theaterabend statt, dem sich ein Tanzkränzchen anschließen wird. Gästen, durch Mitglieder eingeführt, ist der Zutritt gestattet. —

Groß-Ottersleben. Redakteur Albert Rudolf aus Erfurt referierte vor einer gutbesuchten Metallarbeiterversammlung über das Thema: Bietet uns die gewerkschaftliche Organisation nennenswerte Vorteile. Redner gab ein klares Bild der jetzigen gedrückten Lage der Metallarbeiter. Er kritisierte das verachtenswerte Benehmen der indifferenten Arbeiter, wie sie, um sich eine bessere Lebenslage zu gewinnen, den Weg der Speichelleckerei einschlagen. Durch diese Handlungsweise sich selbst erniedrigend, müssen sich die Arbeiter die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen aufdrängen lassen, welche eine immer mehr gebundene Lebenslage herbeiführen. Würden diese Leute, so führt der Redner sehr richtig aus, sich der Organisation anschließen, so wären menschenwürdige Behandlung, ein fester Minimallohn, der achtstündige Arbeitstag und die Abschaffung der Lehrlingszüchterei sehr bald erkämpft. Die Fabrikinspektoren bekennen frei, daß die Organisationen geeignet sind, bessere Zustände zu schaffen, darum müsse auch jeder Arbeiter seiner Organisation beitreten. Den Redner lohnte reicher Beifall. Erfreulich war die Anmeldung einiger neuer Mitglieder in den Metallarbeiter-Verband. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde ein Vertrauensmann für die öffentlichen Angelegenheiten gewählt.

Gommern. Am Sonnabend, den 4. März, fand hierselbst eine öffentliche Versammlung der Bau- und Steinbruchsarbeiter statt. Schon lange vor Beginn der Versammlung war das Lokal dicht besetzt, und noch ehe die Versammlung eröffnet wurde, wurde das Lokal polizeilich abgesperrt; wohl an 200 Personen konnten an der Versammlung nicht teilnehmen. Um 8½ Uhr wurde die Versammlung eröffnet und es erhielt der Genosse Voigt-Magdeburg das Wort zu einem Vortrage über: „Das Dresdener Urteil und was lehrt uns dasselbe." Auf den Vortrag selbst einzugehen, erübrigt sich wohl, da diese Angelegenheit in den Zeitungen und Versammlungen genügend erörtert worden ist. Als der Referent zum zweiten Teil seines Vortrages überging, wurde die Versammlung plötzlich von dem überwachenden Polizeikommissar aufgelöst. Seitens des Vortragenden nach dem Auflösungsgrunde befragt, erklärte der Kommissar, daß ihm jemand aus der Versammlung gedroht hätte. Ueber die Auflösung wurde dem Referenten eine Bescheinigung ausgestellt. — Bei der Auflösung zeigte es sich, daß die Organisation, welche noch nicht ein Jahr in Gommern besteht, schon ihre Früchte getragen hat; denn, wenn auch anfangs die Versammlungsbesucher etwas stutzten und murrten, so entfernten sie sich doch ruhig und gemessen aus dem Saale. Am Sonnabend, den 11. März, findet wieder eine Versammlung statt, in welcher der Genosse Voigt seinen Vortrag zu Ende führen wird. —

Freitag, 10. März:

Verein der Töpfer und Berufsgenossen. Versammlung bei Grothum, Kl. Klosterstr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. —

Männer-Gesangverein „Vorwärts", Alte Neustadt. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Hentis, Moldenstraße.

N. Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde im „Weißen Hirsch".

Männer-Turnverein „Frisch auf", Magdeburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund".

Turnverein „Jahn", Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Herbster Bierhalle", Schöningerstraße 28.

Turnverein „Vorwärts" Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichslust".

Gesangverein Gemischter Chor, Buckau. Jeden Mittwoch abend 8½ Uhr

Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Arbeiter-Turnverein Olvenstedt. Dienstags und Freitags Uebungsstunde bei A. Schinke.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts", Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Freie Turner Benneckenbeck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

Freie Athletenschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Uebung im „Hofjäger".

Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Turnstunde im „Hofjäger".

Sonnabend, 11. März:

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Sudenburg. Versammlung abends 8 Uhr im Deutschen Hof.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Neue Neustadt. Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder abends 8 Uhr im „Weißen Hirsch".

Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau

Kleine Klosterstraße 15, H. r., 1 Tr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, sowie kostenlose Auskunft in Unfall, Invalidität, Krankenkassen, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 4½—7½ Uhr.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Elbe.

					Fall	Wuchs
Pardubitz	6. März	+ 0.16	7. März	+ 0.02	0.14	—
Brandeis	„	+ 0.38	„	+ 0.30	0.08	—
Melnik	„	+ 0.10	„	0.00	0.10	—
Leitmeritz	„	+ 0.10	„	+ 0.06	0.04	—
Aussig	7. „	+ 0.41	8. „	+ 0.29	0.12	—
Dresden	„	— 0.90	„	— 0.96	0.06	—
Torgau	„	+ 1.10	„	+ 1.10	—	—
Wittenberg	„	+ 1.86	„	+ 1.86	—	—
Roßlau	„	+ 1.16	„	+ 1.21	—	0.05
Barby	„	+ 1.50	„	+ 1.54	—	0.04
Schönebeck	„	+ 1.31	„	+ 1.36	—	0.05
Magdeburg	8. „	+ 1.38	9. „	+ 1.35	0.03	—
Tangermünde	7. „	+ 1.99	8. „	+ 2.01	—	0.02
Wittenberge	„	+ 1.74	„	+ 1.76	—	0.02
Dömitz, Pegel	„	+ 1.25	„	+ 1.21	0.04	—
Lauenburg	„	+ 1.33	„	+ 1.29	0.04	—

Standesamt.

Magdeburg, 7. März.

Aufgebote: Kaufmann Friedr. Wilh. Max Dietrich in Gerswalde mit Luise Friederike Bertha Mehfeldt in Sandfurt. Mathematiker Dr. phil. Friedrich Adolf Heinrich Joachim Rohde mit Meta Marie Nikoline Koop in Wustrow. Schuhmachermeister Friedrich Karl Albrecht in Bernburg mit Elisabeth Friederike Marie Peters in Hohenerxleben. Tapezierer Karl Ad. August Paul Berlin in Berlin mit Ida Theodosia Auguste Bielefeld hier. Arb. Ernst Knappe mit Helene Bramann hier. Schlosser Bernhard Köhler hier mit Anna Köhlitz in Groß-Salze. Häusler Karl Hermann Rabe in Schmerkendorf mit Wilhelmine Martha Ringel in Marxdorf. Schiffbauer Karl August Ferdinand Lüdecke mit Anna Dorothee Friederike Hörstel in Tangermünde. Brandmeister Heinr. Buck hier mit Mathilde Höhe in Ulm. Former Karl Friedrich Albert Bierstedt in Sophienhof mit Luise Hermine Höding hier. Fabrikbesitzer Karl Matthes in Rathenow mit Johanne Guthknecht hier. Maschinenschlosser Adolf Ebert mit Luise Kaminski hier. Uhrmacher Albert Merker in Aschersleben mit Marie Helm, geb. Hansen, hier. Schlosser Karl Gnoth mit Emma Braune hier. Glasermeister Friedrich Stolze mit Elisabeth Knorre hier. Dr. phil. Karl Heidmann in Berlin mit Editha Vorberg hier. Landwirt Friedrich Hermann Ochs hier mit Lina Emilie Anna Lehmann in Alberstedt.

Geburten: Martha, T. des Schneid. Wilhelm Winnig. Johanna, T. des Kaufmanns Richard Sonnenfeld. Edith, T. des Kaufmanns Karl Bartels. Walter, S. des Tischlers Wilhelm Hahn. Emmy, T. des Lackierers Karl Meyer. Willy, S. des Arbeiters Wilhelm Grothe. Lucie, T. des Friseurs Wilhelm Naecke. Hedwig, T. des Kutschers Wilhelm Stelzner. Johannes, S. des Arbeiters Karl Hörtelmann. Karl, S. des Fleischermeisters Georg Schwersinsky. Berthold, S. des Schuhmachers Friedrich Schulz.

Todesfälle: Karl Steffens, pens. Förster, 81 J. 1 M. Hedwig, T. des Arbeiters Karl Rudolph, 2 J. 11 M. 18 T. Johanna, T. des Buffetiers Otto Krüger, 4 M. 5 T. Marie, geb. Lellau, Ehefrau des Hausmanns Karl Eisenach, 51 J. 9 M. 2 T. Marie Silver, gen. Holzapfel, unverehel., 23 J. 9 M. 27 T. Anna, geb. Angelroth, Ehefrau des Eisenbahnarbeiters Karl Zahn, 41 J. 9 M. 1 T. Martha, T. des Schneiders Emil Liebau, 4 J. 6 M. 1 T. Christian Hecht, Vers.-Beamt., 77 J. 6 M. 7 T. Hermann Riemann, Cigarrenmacher, 57 J. 5 M. 6 T.

Totgeburt: Eine Tochter des Feilenhauer Franz Petzack.

Vom 8. März.

Aufgebote: Arbeiter Wilhelm Grimm mit Frieda Petermann hier. Schlosser Gustav Robert Rummert in Neustadt mit Marie Johanne Hoppe in Leopoldshall. Kaufmann August Alfred Nölecke hier mit Elise Dorothee Friederike Wipper in Offleben. Hilfsbremser Hermann Richard Grase hier mit Anna Dorothee Bertha Müller in Sommersdorf. Kellner Heinrich Lüders mit Emma Hünermund in Hasserode. Schutzmann Otto Wilhelm Lange hier mit Friederike Anna Müller in Trebnitz. Sergeant beim Bekleidungsamt des 4. A.-Corps Friedrich Christ. Feldmann hier mit Dorothee Wilhelmine Körtge in Dreileben. Hilfsbremser Ernst Elbe in Buckau mit Anna Marie Charlotte Nielebock in Biere. Weichensteller Friedrich Albert Richard Leidenroth hier mit Marie Luise Schulze in Uhrsleben. Arbeiter Christian Krümmel hier mit Anna Maria Dorothee Beck in Etgersleben. Former Ludwig Theodor Wilhelm Heidenreich in Buckau mit Marie Maria Heidenreich in Sandersleben. Zimmermann Friedrich Müller in Gommern mit Minna Alma Friederike Schweder hier.

Geburten: Wilhelm, S. des Eisenb.-Arbeiters Wilhelm Poggensee. Hermann, S. des Schutzmanns Hermann Trippler. Erwin, S. des Gerichtsass. Dr. jur. Willy Harsch. Martha, T. des Kutschers Gottfried Albrecht. Paul, S. des Kaufmanns Edmund Leutner. Else, T. des Schlossers Paul Schulz. Karl, S. des Porzellanmalers Bernhard Brehmer.

Todesfälle: Emil Martin, Schneidergeselle, 30 J. 2 M. 19 T. Karoline, geb. Schulz, Wwe. des Gastwirts Wilh. Garz, 75 J. 9 M. 2 T. Franz, S. des Zimmermanns Julius Preißig, 6 J. 6 M. 8 T. Martha, T. des Arbeiters Emil Zandt, 2 M. 12 T. Albert, unehel., 2 M. 28 T. Wwe. Auguste Ziemer, geb. Zühlke, aus Carow, 47 J. 10 M. 12 T.

Sudenburg, 7. März.

Aufgebote: Buchhalter Otto Gustav Marquardt in Jüchen mit Elisabeth Ida Elfriede Bormann hier. Arbeiter Friedrich Wilhelm Zunder mit Bertha Marie Auguste Eilert hier. Ing. Aug. Wilhelm Hermann Bethge mit Frieda Sobotla hier.

Geburten: Marie, T. des Tischlers Friedrich Lampe. Gustav und Heinrich, Zwillingssöhne des Schuhmachermeisters Otto Hey. Martha, T. des Schloss. Gust. Thümecke. Friedrich, S. des Stellmachers Paul Böde.

Vom 8. März.

Aufgebote: Klempner Joh. Friedr. Winselmann mit Rosine Wilhelmine Kater hier. Arbeiter Richard Julius Völcke mit Elise Lamm hier. Tischler Joh. Friedrich Hermann Müller mit Martha Klara Scheller hier.

Eheschließung: Eisendreher Jakob Holze mit Luise Neuhaus hier.

Geburten: Margarete, T. des Landschafts-Gärtners Paul Köhler. Elisabeth, T. des Eisendreher Paul Aulich. Hermann, S. des Arb. Hermann Hasenkrüger.

Todesfall: Hermann, S. des Arb. Hermann Hasenkrüger 2 T.

Buckau, 7. März.

Aufgebot: Schlosser Karl Richard Friedrich Münch mit Marie Anna Knopf.

Geburten: Charlotte, T. des Schloss. Otto Bohne. Alma, T. des Schlossermeisters Heinrich Geffert.

Todesfall: Lucie, T. des Schlossers Vincent Wacinski, 9 M. 24 T.

Vom 8. März.

Geburten: Walter, S. des Ingen. Paul Vieth. Gerda, T. des Drechslers Friedrich Tülpke. Willy, S. des Schloss. Friedrich Günther.

Neustadt, 7. März.

Aufgebote: Maler Ernst Richard Eisenhuth mit Margarete Martha Luise Kamieth. Herrenkleidermacher Wilhelm Karl Ganzer mit Sophie Marie Mewes.

Geburten: Gertrud, T. des Masch. Georg Boy. Käthe, T. des Rangiermstrs. Wilhelm Weihe. Wally, T. des Schlossers Wilhelm Dietrich. Willy, S. des Arbeiters Ferdinand Müller. Erna, T. des Dachdeckermeisters Wilhelm Kührmeyer. Gertrud, T. des Bäckers Hermann Sasse. Gustav S. des Eisendrehers Gustav Klewe.

Todesfälle: Witwe Ollendorf, Luise geb. Kell, 53 J. 2 M. 19 T. Ella, unehel., 2 M. 4 T. Karl, S. des kgl. Schutzm. Karl Binnemann, 4 J. 5 M. Ww. Reuter, Ernestine geb. Merres, 73 J. 10 M. 6 T.

Vom 8. März.

Aufgebote: Schmied Otto Gustav Schütze mit Anna Friederike Wilhelmine Schneider. Drahtweber Karl Gustav Alb. Matthes mit Karoline Auguste Ehrhardt.

Eheschließung: Königl. Schutzm. Gustav Schulenburg mit Anna Freye.

Geburten: Karl, S. des Schlossers Karl Knoth. Elisabeth, T. des Schlossers Hermann Müller. Paul, S. des Maschinist. Ferdinand Steinforth. Adolf, S. des Böttchers Wilhelm Schweizer. Paul, S. des Zimmermanns Paul Hoffmann.

Burg, 6. März.

Aufgebot: Bäckermeister Ferdinand Wilhelm Hermann Leilich mit Marie Bertha Schulze.

Geburt: Tochter des Kuhfütterers Wilhelm Voß in Obergütter.

Todesfälle: Inspektor der Pieschelschen Erziehungsanstalt Friedrich Steger, 67 J. 11 M. 19 T. Ehefrau des Mühlenbesitzers Paul Daske, Elise geb. Wegner, 29 J. 11 M. 15 T. Ida, T. des Weißgerbers Otto Beuthert, 2 J. 5 M. 4 T.

Vom 7. März.

Aufgebote: Trompeter, überzähliger Sergeant Friedrich Wilhelm Möhring in Lüne bei Lüneburg mit Minna Elise Fenger [illegible] Arbeiter August Karl Clemens mit Marie Ida Bertha Emma Kühne hier.

Geburt: Sohn des Fleischermeisters Wilhelm Höh.

Todesfälle: Witwe des Arbeiters Heinrich Gorges, Dorothee, geb. Schr[illegible], 76 J. 3 M. 1 T. Emil, S. des Arbeiters Christof Lubitz, 3 M. 13 T. Ernst Bohl, 1 J. 1 M. 8 T. Helene, T. des Zwickers Heinrich Bormann, 2 M. 11 T.

40 Bettstellen m. Matratzen

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichsstraße 14

089 **1. Etage**

gegenüber der Ulrichskirche.

Unterhaltungsteil.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die arme Witwe.

Von Otto Breitmann.

Erschreckt lenkte die arme Witwe ein: „Ach, lieber Herr Wachtmeister! Bedenken Sie doch! Ich bin eine alleinstehende Frau, und das Geschäft geht so schlecht und Sie werden mich doch nicht ruinieren wollen? Ach Gott, ach Gott! Wenn doch bloß das Geschäft besser ginge; ich würde ja gerne noch eine Stube mieten, damit die Leute eine ordentliche Schlafstelle haben . . . Aber sehen Sie da drüben, mein Konkurrent, der hat mir die ganzen Kunden weggenommen."

„Aber Sie beschäftigen doch noch vier Leute . . . Wie ist's denn mit der Arbeitszeit?"

Bestürzt sieht sie ihn an. Dann blickt sie hinaus. Die Gesellen sind fertig mit dem Holzabladen. Wenn er die nur nicht verhört! Rasch zieht sie ihn in die Stube und sagt bittend: „Ach machen Sie es doch nur gnädig mit mir, liebster Herr Wachtmeister! Ach, ich bin eine von schwerem Unglück verfolgte Frau! Mein Mann, mein liebster Mann ist mir zu früh gestorben! . . . Glauben Sie denn nicht auch, wie schwer es ist, ein Geschäft zu erhalten, wenn kein Mann da ist? Unsereins kann ja gar nicht so hinterher sein. Und die fremden Leute . . Bedenken Sie doch nur, ich bin eine arme Witwe. Und dann habe ich solch' Unglück mit meinem Kind . . es ist nicht recht klar im Kopfe. So'n klein bißchen schusselich . . Ach, Sie können sich gar nicht denken, was es heißt, so . . ein . . Unglückskind . . zu . . ha—a—aben!" Sie schluchzt und wimmert: „Ach Gott, ach Gott, ach Gott! Ich bin ja 'ne arme Witwe. Lassen Sie's doch bloß noch dieses eine Mal: Ich will ja alles machen lassen; morgen . . übermorgen . . in acht Tagen soll alles nach Vorschrift sein."

Er wird schon wankend. Doch um gesetzmäßig zu bleiben, sagt er rauh: „Nein, das geht nicht!"

„Ach, liebster, bester Herr Wachtmeister! Sie können sich fest darauf verlassen, ich lasse alles machen. — Stürzen Sie mich nicht noch tiefer ins Unglück. Ich bin doch nur 'ne arme Witwe!"

„Ja, das kann ich Ihnen aber sagen, ist in acht Tagen nicht alles in Ordnung . . Sie haben doch die Verordnung seiner Zeit bekommen? . . Na, also; ist es in acht Tagen, vergessen Sie nicht: acht Tage! . . dann muß alles fix und fertig sein! Ich komme selber nachsehen!"

Er ist schon in der Thüre. Sie lächelt dankbar und nickt, als wenn es eine Beleidigung wäre, wenn er an ihrem Versprechen zweifeln würde.

* * *

Die acht Tage sind um. Es ist noch kälter geworden. Selbst die Fenster, hinter denen den ganzen Tag geheizt wird, sind fast ganz mit Eis bedeckt. Die Menschen gehen noch rascher als vor einer Woche. Es ist, wie wenn sogar die jungen Damen und Kinder Gewohnheitstrinker wären; Aller Nasen sind gerötet. Ja, manchem ist das ganze Gesicht wie mit Karmin bestrichen. Ihren Hauch zerstreut ein stößiger Wind.

In dem Hause, wo die Bäckerwitwe wohnt, sind fast alle Fenster mit Eisblumen bedeckt. Nur das Fenster ihrer Stube ist ziemlich klar. Der magere Kopf ihrer Tochter erhebt sich dahinter. Sie sieht stumpf zu, wie die Gesellen wieder eine Karre Holz abladen. Ganze Schichte nehmen sie auf ihre Arme und werfen sie rasch in den Keller, daß es kracht und poltert.

Das Mädchen sitzt mit offenem Munde da und verfolgt jede ihrer Bewegungen. Doch so starr und verständnisvoll, als wenn sie eine mechanische Puppe wäre. Ueber dem Zusehen hat sie vergessen, an ihren Fingernägeln weiter zu knabbern, trotzdem sie die Hand noch an die Lippen hält.

Da schellt die Ladenklingel. Das Mädchen schreckt auf und sieht nach, ob ein Käufer gekommen ist.

Der Wachtmeister steht im Laden und fragt nach der Mutter.

„Mutter?" lächelte das Mädchen, „Mutter ist weg."

„So, wo ist sie denn?"

Das Mädchen wird mißtrauisch: „Ja . . kann ich ihr nicht bestellen? . . Sie kommt bald wieder."

„Bestellen können Sie das nicht."

Er sieht sie forschend an. Hm . . So sehr häßlich ist sie nicht. Und dann ist sie auch gerade in dem Alter, wo die Mädchen am lieblichsten aussehen . . achtzehn . . zwanzig Jahr wird sie sein. „Ach, Sie sind ja auch sogar schon verlobt!" sagte er überrascht.

Sie wird rot. „Ja, ich bin verlobt!" sagt sie stolz.

„Dann ist wohl bald Hochzeit?"

„Ja . . in acht Wochen. . . Darum ist ja Mutter weg." Sie wird zutraulicher. „Sie bringt die Wäsche zur Stickerin. Für beinahe zweitausend Mark Wäsche. Ach ja, Mutter ist gut. Möbel kauft sie uns auch noch, und dann kriegt mein Bräutigam noch neuntausend Mark, damit er sich ein Geschäft einrichten kann. Er ist nämlich Schneider. Da habe ich denn nicht so viel zu thun. Da brauche ich keine Kunden bedienen."

Der Beamte hat das letzte kaum gehört. „So, so, neuntausend Mark bekommen Sie mit?" fragt er gedehnt.

Sie sieht ihn blöde an: „Ja, neuntausend Mark. Mein Bräutigam meint, meine Mutter müßte noch mehr rausrücken; sie hätte sicher noch mehr. Aber, nicht wahr, das ist doch schon genug, wo er doch gar nichts hat und sogar bucklig ist?"

(Schluß folgt.)

Vornehm.

Die alte Frau war eben dabei, sich einen Alpenveilchentopf auszusuchen. Da wurde die Ladenthür aufgerissen, und ein Schwarm junger Damen drängte hinein. Die eine, mit dem sicheren und würdevollen Ausdruck der jungen Frauen, trat vor. Die anderen gingen neben und hinter ihr. Sie traten an der Verkäuferin vorbei auf den Ladentisch zu, wo die abgeschnittenen Blumen in hohen Vasen standen.

„Was kostet dieser Topf?" fragte die alte Frau, ein Alpenveilchen hochhaltend.

Die Verkäuferin wollte den Preis nennen, die rief die junge Frau: „Was kosten die Azaleen? Diese hier, mit den langen Stielen, und diese mit den kurzen Stielen?"

Die Verkäuferin wollte sich wieder der alten Frau zuwenden, nachdem sie den Damen zugerufen hatte: „Bitte, einen Augenblick!" Doch da rief eins der jungen Mädchen: „Und die Rosen?"

Die Verkäuferin wendete sich um: „Bitte, einen Augenblick!"

Da flüsterte ein anderes junges Mädchen, daß es in dem kleinen Laden bis in die Ecke gehört werden konnte: „Ach, das ist hier eine vornehme Bedienung!" damit drückte sie ihre Nase in eine Rose, daß die Blätter der Blume auseinanderfielen.

Die Verkäuferin sah die alte Frau an. Diese zwinkerte nur mit den Augen, setzte den Blumentopf zurück auf das Gestell in die Reihe der anderen Alpenveilchen und legte die Arme über der Brust zusammen. Die Verkäuferin ging zu den Damen, die dabei waren, die Blumen aus den Vasen zu zerren und sie durcheinander zu werfen.

„Was wünschen Sie?" fragte sie höflich.

„Etwas Tafelschmuck. Ein bißchen was besonderes!" antwortete die junge Frau.

„Das sind hier Azaleen . . . oder Nelken . . . oder Orchideen. Ach bitte, werfen Sie die Blumen nicht so umher?" bat sie noch immer ruhig.

Die jungen Mädchen sahen spöttisch lächelnd einander an.

Die junge Frau fragte nach den Preisen. „Ach, ist das teuer!" schrieen die Damen, als die Verkäuferin die Preise genannt hatte. „Haben Sie nichts billigeres?"

„Ja, Veilchen und Schneeglöckchen." Sie schob ihnen zwei Schüsseln von den kleinen Blüten hin.

„Ach nein! Das ist etwas alltägliches! Das hat ja ein jeder! Das ist gar nicht vornehm," meinten die Damen und verzogen ihre Gesichter.

Die Verkäuferin blieb ganz gelassen.

„Ja," erklärte die junge Frau; „ich würde ja die Azaleen nehmen — aber Sie müssen mir ein Bund Nelken zugeben."

„Bedauere — ich bin nicht Geschäftsinhaberin; das darf ich nicht!" erwiderte die Verkäuferin.

„Na — aber ein paar Rosen?"

„Es thut mir leid . . ." Die Verkäuferin zuckte die Achseln.

„Nein, nein; dann lassen wir es," meinten die Damen verletzt und gingen hinaus durch die Thür, die sie beim Eintritt offen gelassen hatten.

„Ist das ein unvornehmes Geschäft!" sagte die eine noch mit einem verachtungsvollen Blick durch das Schaufenster.

Die alte Frau, die sich unterdessen die Blumen an den Wänden und im Schaufenster betrachtet hatte, trat wieder zu dem Alpenveilchentopf zurück und fragte, als wenn sie nicht unterbrochen worden wäre: „Was kostet der Topf?"

„Sechzig Pfennige!" sagte die Verkäuferin.

Ohne ein Wort zu sagen, holte die alte Frau ihr Portemonnaie unter der blauen Schürze hervor und bezahlte. —

Geistesfunken.

Stein statt Brot.

Um Beistand pocht' ich an dein Ohr,
Nun kommst du mir mit einer Predigt?
Und rechnest mir die Ader vor.
Kaum daß ich ihrer mich entledigt?

Ich weiß, du bist vom klügsten Schlag,
Doch kann ich selber mich belehren —
Bist du nicht der, der helfen mag,
So laß mich deines Rats entbehren.

Ludwig Pfau.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

In der diesjährigen Großen Berliner Kunstausstellung sollen „billige Sonntage" eingeführt werden; an jedem ersten und letzten Sonntag im Monat soll der Eintrittspreis 25 Pf. betragen. —

Für den Großen Staatspreis und die Michael Beer-Preise ist die Einlieferungsfrist auf etwa vier Wochen, auf den 13. April, verlängert worden. Die Zuerkennung der Preise wird dementsprechend erst in der zweiten Hälfte des April erfolgen. —

Die Yale University, welche das höhere Schulwesen in den Vereinigten Staaten leitet, hat beschlossen, Suderm[illegible] [illegible] „Frau Sorge" als das hervorragenste Erzeugnis der letzten deutschen Litteraturperiode für den Schulgebrauch einzurichten. Der Professor of German, Mr. Gruener, ist beauftragt, den Roman als Schulausgabe mit Kommentar und Einleitung zu versehen. Man hat die Absicht, nicht mehr, wie bisher, bloß die deutschen Klassiker, sondern auch die besten Modernen den Schülern auf diese Weise zugänglich zu machen. —

Ferdinand Xau, einer der bekanntesten Journalisten in Paris, der Begründer und Leiter des Journal, ist gestorben. —

Die Direktion des Münchener Gärtnerplatz-Theaters ist Stolberg definitiv übertragen worden. Brackl, dessen Kontrakt noch bis zum Jahre 1918 lief, erhält 100 000 Mark Abstand. —

Vermischte Nachrichten.

Nach dem New-York Herald hat Edisons Sohn einen neuen Stahlhärtungsprozeß erfunden. Eine 6zöllige Platte seines Systems war einer 15zölligen harveyisierten oder einer Kruppschen Platte an Widerstand überlegen. —

Die Narzissen-Inseln. Diese Bezeichnung verdient in vollem Maße jene südwestlich von England gelegene Inselgruppe, die man auf der Landkarte unter dem Namen Scilly-Isles findet. In den Großstädten, vornehmlich aber in London, erscheint im Frühjahr eine Fülle wilder Narzissen auf dem Blumenmarkt. Jedermann kauft diese zarten, duftenden Lenzesboten ebenso gern wie Veilchen und Maiglöckchen, und selbst Leute, die eigentlich kaum Geld für einen derartigen Luxus übrig haben, erstehen ab und zu ein Sträußchen, da es bedeutend wohlfeiler ist als andere Frühlingsblumen. Wenige Londoner aber werden es nur wissen, daß die langgestielten weißen und gelben Blüten, mit denen ihre Millionenstadt in den letzten Jahren förmlich überschwemmt wurde, fast ausschließlich von den Scilly-Inseln kommen. Dort beschäftigten sich nicht nur die Farmer und Gärtner mit dem Züchten der für den Verkauf bestimmten „Lilies", wie die Scillyaner die wilden Narzissen getauft haben, sondern auch Gutsbesitzer, Beamte, Krämer und Fischer haben kaum ein Interesse, das sie mehr in Anspruch nimmt als das Gedeihen ihrer wohlriechenden Pfleglinge. Selbst das Schaufenster des Drogenhändlers und Apothekers gleicht dem eines Blumenhändlers. Die eigentlichen Narzissenfarmer senden oft 20 000 fertig gebundene Sträußchen auf einmal als Eilfrachtgut nach den verschiedenen Teilen des britischen Reiches. Im März des Jahres 1897 wurden zum Beispiel nicht selten an einem Tage 700 Centner frischgeschnittener Blüten verschickt. —

Wie viele Fische die Nordsee liefert, hat Dr. Ehrenbaum in den Mitteilungen des deutschen Seefischereivereins nach den vorhandenen statistischen Grundlagen zu berechnen versucht, und zwar können seine Angaben als recht zuverlässig gelten, soweit eine Genauigkeit bei der Untersuchung einer solchen Frage zu erreichen ist. Danach beträgt der Wert der Fische, die jährlich aus der Nordsee gefangen werden, rund 164 Millionen Mark. Eine richtigere Vorstellung als diese einzelne Zahl, gewährt die Angabe, daß der Ertrag der Nordseefischerei jährlich mindestens 150 und höchstens 180 Millionen Mark ausmacht. Die einzelnen Staaten, deren Küsten an die Nordsee grenzen, sind an diesem Ertrage in sehr verschiedenem Grade beteiligt. England zieht jährlich ein Kapital von fast 85 Millionen Mark aus den Gewässern der Nordsee, Schottland etwa $23^1/_3$ Millionen, so daß sich der Anteil Großbritanniens an der Nordseefischerei auf beinahe Dreiviertel des Gesamtertrages beziffert. An dritter Stelle steht Holland mit einem Fischereiertrage von 19 Millionen, dann folgt Frankreich mit einem solchen von $12^1/_2$ Millionen Mark. Erst an fünfter Stelle steht Deutschland, das für etwa 10 Millionen Mark Fische jährlich aus der Nordsee gewinnt. Norwegen erzielt einen Ertrag von 3,8, Belgien einen solchen von 3,6 und Dänemark einen solchen von 1,6 Millionen Mark. —

Heiteres.

Der Nörgler. Fremder (in den Gasthof tretend): „Ein Zimmer, Kellner, und das Beschwerdebuch!" Kellner: „Worüber wollen Sie sich denn beschweren, mein Herr?" Fremder (ungeduldig): „Bringen Sie nur das Buch, es wird sich schon etwas finden!" —

Bazillenfurcht. „Mit meiner Frau ists im Sommer nicht auszuhalten. Aus Furcht vor den Bazillen läßt sie sogar das Gefrorene sieden, ehe sies ißt!" —

Bedenkliche Firma. Gebrüder Meyer, Lumpen en gros. (Lust. Bl.)

Schulhumor. Lehrerin (diktiert): „Der Verfolgte floh, sank erschöpft unter einer Eiche nieder und schlief ein." Lieschen (schreibt): „Der verfolgte Floh sank erschöpft unter einer Eiche nieder und schlief ein." —

Eine Bekanntmachung.

(Wörtlicher Abdruck.)

„Den Fortbiltungsschüller M. W.

Da Sie Ihre Strafe am 13 Febr 1899 nicht abgeeführt, wegen Verbot von öfentlich Tanzstädten, wird Ihnen Hirdurch kundgegeben, fals Sie bis 26. Febr. 99, nicht bezahlt haben. So wird die Sache der Königl. Amtshauptmannschaft übergeben.

Die Strafe beträgt in zwei Fällen
Fünfundzwanzigmark.

Zehista Den 14/2. 99.

Ernst Seidel
Gemeindevorstand."